

# Von den Millenniumsentwicklungszielen zur Post-2015 Agenda

Blick(e) auf den österreichischen Beitrag zur Gleichstellung von Frauen in der Entwicklungspolitik




**WIDE**  
**Entwicklungspolitisches Netzwerk**  
**für Frauenrechte und feministische Perspektiven**  
Währingerstr. 2-4 / 22, A-1090 Wien  
Tel: (++43-1) 317 40 31 [office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at)  
[www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at)  
ZVR-Zahl: 626905553

Wien, 2014

Diese Publikation entstand unter Mitarbeit von:  
Sabine Klotz, Aleksandra Kolodziejczyk, Johanna Marquardt, Stefanie Grosz, Florian Riegler,  
Edith Schnitzer, Claudia Thallmayer und Judith Zimmermann-Hößl

Foto Titelseite: © WIDE  
Aktion „Frauenrechte jetzt!“ Vienna+20

*finanziert durch die*

 **Österreichische**  
**Entwicklungszusammenarbeit**

## Inhalt

Einleitung	4
1. Zur globalen Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele aus der Perspektive von Mädchen und Frauen	6
2. Beiträge der OEZA zu Gleichstellung und Empowerment von Frauen	12
2.1. Gender in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit	12
2.2. Kleinbäuerinnen in Ostafrika	16
2.3. Landflucht und informeller Sektor in Ghana und Burkina Faso	19
2.4. Zugang zu Energie in Westafrika	22
2.5. Gender und Klimawandel	24
2.6. Frauengesundheit in Äthiopien	26
2.7. Geschlechtsbezogene Gewalt in Nicaragua	29
2.8. Empowerment-Ansätze in Bhutan und Nepal	30
3. Post-2015: Schlussfolgerungen und feministische Forderungen	33
3.1. Frauenpolitische Eckpfeiler	33
3.2. WIDE-Forderungen an die österreichische Entwicklungspolitik Post-2015	35
3.3. Politikkohärenz für geschlechtergerechte nachhaltige Entwicklung	36
Abkürzungsverzeichnis	38

## Einleitung

Im September 2000 wurde am Ende des Millenniumgipfels in New York von allen UN-Mitgliedstaaten die sogenannte Millenniumserklärung<sup>1</sup> verabschiedet, um eine Antwort auf die Herausforderungen im neuen Jahrtausend zu geben, mit einem Schwerpunkt auf Frieden und Abrüstung, Recht auf Entwicklung und Überwindung der Armut, Respekt vor der Umwelt, Verwirklichung der Menschenrechte und Demokratie. Aus der Erklärung wurden acht Millenniumsentwicklungsziele (*Millennium Development Goals, MDGs*) mit achtzehn Teilzielen abgeleitet, die bis 2015 erreicht werden sollen.<sup>2</sup>

Mit den Millenniumsentwicklungszielen hat sich die internationale Gemeinschaft vor allem dazu verpflichtet, gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung der extremen Armut zu unternehmen. Positiv ist auch die mit konkreten Zielsetzungen einhergehende Berichtspflicht, was die Aufmerksamkeit für die angesprochenen Bereiche schärft.

Die Stärke der Millenniumsentwicklungsziele – nämlich auf einzelne, klar hervorgehobene Ziele zu fokussieren – ist zugleich auch ihre Schwäche. Der Fokus auf bestimmte Aspekte von Armut hat eine Verengung der Sicht auf Armut zur Folge und bedeutet eine Negation ihrer strukturellen ökonomischen und politischen Ursachen. Damit werden die großen Unterschiede zwischen verschiedenen Formen der Armut und den verschiedenen Gruppen der von Armut betroffenen Menschen verleugnet. Die Ausrichtung von Lösungsansätzen ist ein gutes Stück weit in den Neoliberalismus eingebettet, mit einem Schwerpunkt auf punktuelle materielle Zuwendungen, nicht auf politische Umorientierungen. Diese Herangehensweise führt dazu, dass auch geschlechtsspezifische Diskriminierung als isoliertes Phänomen betrachtet wird. Der Fokus auf einzelne Ziele hat teilweise auch zur Vernachlässigung anderer – nicht explizit genannter – wichtiger Bereiche geführt. Die Frauenorganisation DAWN spricht in diesem Zusammenhang von „Entwicklungs-Silos“ – nebeneinander her laufende Einzelmaßnahmen, die wenig aufeinander abgestimmt sind, etwa im Gesundheitswesen.<sup>3</sup>

Vom Standpunkt der Gendergerechtigkeit aus ist an den Millenniumsentwicklungszielen des Weiteren zu kritisieren, dass es keinen systematischen Bezug auf die Menschenrechte gibt. Die Operationalisierung der Millenniumsentklärung in einzelne Zielsetzung blieb hinter der Millenniumserklärung selbst zurück, die viel umfassender war. Insbesondere die frauenpolitischen Zielsetzungen sind vor dem Hintergrund der fünf Jahre zuvor auf der Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) verabschiedeten breiten Aktionsplattform extrem verkürzt. Und obwohl „Gender Mainstreaming“ aller Politiken in der Aktionsplattform von Peking zum Gebot erhoben wurde, wird das in den Millenniumsentwicklungsziele nur teilweise umgesetzt. Auch die auf der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo (1994) vereinbarten Aktionen zum Empowerment von Frauen für ihre Selbstbestimmung im Bereich der Sexualität und Reproduktion fanden keinen Eingang in die Millenniumsentwicklungsziele.<sup>4</sup>

Seit ihrer Verabschiedung haben sich Frauenorganisationen denn auch kritisch mit den Millenniumsentwicklungszielen auseinandergesetzt.

<sup>1</sup> United Nations Millennium Declaration (2000), <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm>

<sup>2</sup> UN (o.J.): <http://www.un.org/millenniumgoals/bkgd.shtml>

<sup>3</sup> DAWN (2012): Breaking Through the Development Silos. Sexual & Reproductive Health & Rights, Millennium Development Goals & Gender Equity. Experiences from Mexico, India and Nigeria,

<sup>4</sup> Vgl. Input von Brita Neuhold am 23.1.2014 bei WIDE

Im Herbst 2015 soll auf der UN-Generalversammlung eine Nachfolge-Agenda zu den Millenniumsentwicklungszielen beschlossen werden. Diese neue Agenda soll soziale und Umweltziele vereinen und eine globale Nachhaltigkeits-Agenda darstellen. Die Vorschläge dazu wurden in einem vergleichsweise partizipativen Prozess nach der Rio+20-Konferenz im Rahmen einer offenen UN-Arbeitsgruppe zu Nachhaltigkeitszielen erarbeitet.

Es erscheint uns sinnvoll, bevor eine neue Agenda beschlossen wird, einen Blick „zurück“ auf die Millenniumsentwicklungsziele zu werfen: Was haben sie für Frauen tatsächlich gebracht?

Im vorliegenden Paper wird in Kapitel 1 daher zunächst ein Überblick über globale frauenpolitische Fortschritte im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele gegeben – vor allem auf Basis der MDG-Fortschrittsberichte.<sup>5</sup> Zwei der Millenniumsentwicklungsziele (MDG 3 & MDG 5) sind von vornherein direkt auf die Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen ausgerichtet. Alle anderen Ziele sind für Frauen ebenfalls relevant, wobei sich die Frage stellt, ob genderspezifische Zielsetzungen „Gender-Mainstreaming“ gezielt und erfolgreich implementiert wurde. Inwieweit haben Frauen und Mädchen von den Programmen zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele bisher profitiert? Das Problem bei Durchschnittswerten ist dabei allerdings, dass sie den Blick auf Differenzen verbergen und damit nur begrenzt aussagekräftig sind. Die Darstellung der Erfolge im UN-Fortschrittsbericht kritisch zu analysieren, hätte allerdings den Rahmen dieser Recherche gesprengt; so sind hier nur einige Anmerkungen eingeflossen.

Im Anschluss an diesen globalen Überblick wird in Kapitel 2 herausgearbeitet, wie es um den österreichischen Beitrag zur Erreichung der frauenspezifischen Millenniumsentwicklungsziele unmittelbar vor dem Zieldatum 2015 steht. Dazu werden die verfügbaren Gender-Daten (laut OECD-DAC und ADA-Berichten) analysiert und es werden anhand aktueller entwicklungspolitischer Fragen ausgewählte Ansätze der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in OEZA-Schwerpunktländern bzw. -Regionen aus der Perspektive der Wirksamkeit in Bezug auf die Gleichstellung und das Empowerment von Frauen und Mädchen untersucht. Es ist uns wichtig zu betonen, dass es sich dabei weder um eine systematische Aufarbeitung des Beitrags der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) zu den Millenniumsentwicklungszielen handelt, noch um eine erschöpfende Analyse der OEZA-Genderpolitik, sondern vielmehr um Schlaglichter auf einzelne Bereiche und Regionen, die in der OEZA eine wichtige Rolle spielen.

Abschließend werden in Kapitel 3 Empfehlungen formuliert, um Gender-Ansätze und Frauenförderung in der OEZA-Praxis zu stärken, Empowerment von Frauen und Mädchen verstärkt mit Zielen zur ökologischen Nachhaltigkeit zu verbinden und es werden die wichtigsten Forderungen internationaler feministischer Allianzen vorgestellt, die formuliert wurden, um eine geschlechtergerechte Post-2015-Entwicklungsagenda auf den Weg zu bringen.

---

<sup>5</sup> UN (2013): Millennium-Entwicklungsziele Bericht, [http://www.un.org/depts/german/millennium/MDGProzent20ReportProzent202013\\_german.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDGProzent20ReportProzent202013_german.pdf)

## I. Zur globalen Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele – aus der Perspektive von Mädchen und Frauen



### Ziel 1: Beseitigung von extremer Armut und Hunger

Laut UNO wurde das erste Ziel, die Halbierung des Anteils der in extremer Armut lebenden sowie hungernden Menschen, bereits 2010 erreicht. KritikerInnen meinen allerdings, die Definition von Armut sei für die meisten Länder bei weitem zu niedrig angesetzt.<sup>6</sup> Indem Armut monetär gemessen wird, bleibt auch unsichtbar, was an (Subsistenz-)Lebensgrundlagen für viele Menschen durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, Bergbau oder Mega-Infrastrukturprojekte verloren gegangen ist.

Global gesehen geht die Einkommensschere immer weiter auf, und die Vermögen entwickeln sich immer weiter auseinander. 2013 lebten laut Oxfam sieben von zehn Menschen in Ländern, in denen die Ungleichheit höher war als 30 Jahre zuvor, und 85 Menschen verfügen allein über so viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit.<sup>7</sup>

Frauen sind laut UN im Vergleich zu Männern weiterhin ökonomisch benachteiligt, sowohl hinsichtlich der Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit als auch in der Höhe ihres Einkommens. Weltweit sind massive geschlechterspezifische Unterschiede beim Zugang zu bezahlter Arbeit zu erkennen,<sup>8</sup> wobei in Nordafrika, Südasien und Westasien die Diskrepanzen bei der Beschäftigungsquote von Männern und Frauen besonders hoch sind.<sup>9</sup> Zudem finden Frauen weltweit oftmals nur in unterbezahlten, prekären und gender-stereotypisierten Arbeitsverhältnissen Beschäftigung. Im Zuge der Krise gingen ab 2009 in Entwicklungsländern viele Frauenarbeitsplätze in exportorientierten Sektoren verloren, wodurch Frauen in den informellen Sektor abgedrängt wurden.<sup>10</sup> Die derzeitigen Messungen von Armut spiegeln auch nicht adäquat die Armutsanfälligkeit von Frauen wider, die nicht zuletzt aus der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung innerhalb der Familie resultiert.<sup>11</sup> Frauen tragen überproportional die Last von Krisen, wenn staatliche Leistungen eingespart werden und daraus Mehrarbeit im Haushalt resultiert. Ein UN-Menschenrechtsreport hat 2013 den engen Zusammenhang von extremer Armut und der geschlechtsspezifisch ungleichen Verteilung von „Care“-(Sorge-)Arbeit sehr klar aufgezeigt.<sup>12</sup> Armut hat bis heute ein weibliches Gesicht.

<sup>6</sup> Hickel, Jason (2014): Die Millenniumslüge. Die Erzählung von der abnehmenden Armut ist falsch, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E) vom 17.9.2014, [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

<sup>7</sup> Oxfam International (2014): Even it up. Time to end extreme inequality, [http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file\\_attachments/cr-even-it-up-extreme-inequality-291014-en.pdf](http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/cr-even-it-up-extreme-inequality-291014-en.pdf)

<sup>8</sup> UN WOMEN (o.J.): <http://www.unwomen.org/en/news/in-focus/mdg-momentum#MDG1>

<sup>9</sup> UN (2013): Millennium-Entwicklungsziele Bericht, [http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG\\_Prozent20Report\\_Prozent202013\\_german.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG_Prozent20Report_Prozent202013_german.pdf), S. 8f

<sup>10</sup> ILO (o.J.): Global economic crisis, Gender and work: key policy challenges and options. Global Jobs Pact Policy Brief 15, [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---integration/documents/publication/wcms\\_146812.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---integration/documents/publication/wcms_146812.pdf); ILO (2011): Making the crisis recovery work for women!

[http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---gender/documents/briefingnote/wcms\\_151285.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---gender/documents/briefingnote/wcms_151285.pdf)

<sup>11</sup> Commission on the Status of Women (2014): Challenges and achievements in the implementation of the Millennium Development Goals for women and girls. Agreed conclusions, <http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/58/CSW58-agreedconclusions-advanceduneditedversion.pdf>, S.4

<sup>12</sup> UN (2013): Extreme poverty and human rights, A/68/293



## Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Bei Ziel Nummer 2 – universeller Zugang zu Grundschulbildung – gibt es zwar bedeutende Fortschritte, es wird aber dennoch verfehlt werden. Derzeit verfügen 125 Millionen Jugendliche nicht über die Fähigkeit, korrekt zu schreiben oder zu lesen, 61 Prozent davon sind Mädchen. Während die Einschulungsrate von Mädchen und Jungen laut UN bei der primären Schulbildung mittlerweile gleich hoch ist,<sup>13</sup> so zeigt eine Datenerhebung aus 63 Ländern, dass Mädchen die Grund- und Sekundärschule mit geringer Wahrscheinlichkeit besuchen als Jungen, d.h. ihre „drop out“-Rate ist höher. Dieses Geschlechtergefälle steigt in der unteren Sekundarstufe an. Die AlphabetInnen-Quote nähert sich global gesehen bei Jugendlichen zwischen Männern und Frauen zwar an, jedoch sind immer noch zwei Drittel der erwachsenen AnalphabetInnen Frauen<sup>14</sup>. Dass Mädchen weiterhin schlechtere Chancen auf Bildungsabschlüsse haben, ist gravierend, da Bildung sowohl als „Schlüssel für Entwicklung“ gilt und ebenso wie als Schlüssel für die Selbstbestimmung von Frauen.



## Ziel 3: Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen

Dieses Ziel wird an den Indikatoren Bildung, Analphabetismus, Anteil von Frauen an den nicht-selbständigen Erwerbstätigen außerhalb des Agrarsektors und dem Frauenanteil im Parlament gemessen. Für Mädchen und Frauen hat sich im Bereich der Bildung nur bei den primären Einschulungsraten der Gender-Gap geschlossen. Insbesondere bei der höheren Bildung ist weiterhin eine deutliche Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zu erkennen. In Südasien haben nur 77 Frauen pro 100 Männer Zugang zu Universitäten, in Afrika südlich der Sahara nur 61 Frauen. Armut ist immer noch der Hauptgrund für den ungleichen Zugang zu Bildung für Mädchen, jedoch auch Kinderheirat, Schwangerschaften, Gewalt gegen Frauen und die erhöhte Arbeitsbelastung im Haushalt verhindern einen Schulbesuch von Mädchen. In Bezug auf die politische Beteiligung von Frauen ist der weltweite Anteil von weiblichen Abgeordneten im Parlament gestiegen und machte im Jahr 2012 20 Prozent aus, womit die Politik jedoch noch weit von Gender-Gleichheit entfernt ist. Die Anzahl der Frauen, die einer bezahlten Beschäftigung außerhalb des Agrarsektors nachgehen, stieg zwischen 1990 und 2010 von 35 Prozent langsam auf 40 Prozent an, die Rate in West- und Südasien sowie in Nordafrika liegt jedoch unter 20 Prozent. Global gesehen besetzen Frauen nur 25 Prozent der Führungspositionen in Unternehmen.<sup>15</sup> In ihren Schlussfolgerungen stellte die UN-Frauenstatuskommission (CWS) 2014 fest, dass es nur sehr langsame Fortschritte gibt, dass es an ökonomischem Empowerment von Frauen mangelt, ebenso an Autonomie und Unabhängigkeit; dass Frauen in Bezug auf den Zugang zu geregelter Beschäftigung benachteiligt werden, während sie in Niedriglohn-Jobs und geschlechtstypischen Arbeitsbereichen wie Hausarbeit und Pflegeberufen überrepräsentiert sind; dass Frauen Lohndiskriminierung erfahren; dass unbezahlte Sorge-Arbeit ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist und zu wenig Maßnahmen gesetzt werden, um bezahlte Arbeit und Sorge-Verpflichtungen miteinander in Einklang zu bringen. Die CSW kritisiert ebenso das Fortbestehen diskriminierender

<sup>13</sup> UN (o.J): <http://www.un.org/millenniumgoals/gender.shtml>

<sup>14</sup> UN (2013): Millennium-Entwicklungsziele Bericht, [http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG\\_Prozent20Report\\_Prozent202013\\_german.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG_Prozent20Report_Prozent202013_german.pdf), S. 14, 16f.

<sup>15</sup> UN (2013): Factsheet Gender, [http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/Goal\\_3\\_fs.pdf](http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/Goal_3_fs.pdf), S.1f.

Einstellungen, Normen, Stereotypen und legaler Rahmenbedingungen, die ungenügende soziale Absicherung für Frauen, und – trotz Fortschritten – die niedrige Repräsentation von Frauen auf allen Ebenen von Entscheidungsfindung. Besonders besorgt zeigt sich die UN-Frauenstatuskommission über die geringen Fortschritte für Frauen in armen Regionen der Welt sowie für marginalisierte, verletzte und von multiplen Formen von Ungleichheit und Diskriminierung betroffenen Frauen und Mädchen, und merkt an, dass die geringen Fortschritte in Bezug auf die Geschlechter-Gleichstellung das Erreichen aller Millenniumsziele vehement erschwert haben.<sup>16</sup>



#### **Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit**

Seit 1990 ist die Kindersterblichkeitsrate um 41 Prozent gesunken. Allerdings starben im Jahr 2011 noch immer 6,9 Millionen Kinder an zumeist vermeidbaren Krankheiten, sodass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um dieses Millenniumsziel zu erreichen. Vor allem in Afrika südlich der Sahara und Südasien starben überproportional viele Kinder.<sup>17</sup> Kinder, deren Mutter eine Schulbildung genossen hat – sei es auch nur eine Grundschulbildung – haben dabei höhere Überlebenschancen als Kinder von Müttern ohne Bildung.<sup>18</sup> Zu Recht unterstreicht daher die UN-Frauenstatuskommission den engen Zusammenhang zwischen der Gesundheit von Frauen und ihren Kindern, Gleichstellung und dem Empowerment von Mädchen und Frauen. Sie weist des Weiteren auf die Tatsache hin, dass in einigen Regionen höhere Sterberaten von Mädchen unter fünf Jahren durch genderdiskriminierende Praktiken verursacht werden.<sup>19</sup>



#### **Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern**

Als wichtiger Indikator gilt hier die „Müttersterblichkeit“ – damit gemeint sind Todesfälle im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt. Die Müttersterblichkeit ist in drei Weltregionen um zwei Drittel gesunken: In Ost- und Südasien sowie in Nordafrika. In den anderen Regionen wurde sie um knapp die Hälfte reduziert. Das ambitionierte Ziel der Reduktion von Müttersterblichkeit um drei Viertel wurde somit trotz der großen Fortschritte noch nicht erreicht. Die Region mit der größten Müttersterblichkeitsrate ist Afrika südlich der Sahara. 2011 wurden fast 50 Millionen Babys ohne fachgerechte medizinische Betreuung geboren. Global gesehen ist die Geburtenbetreuung in städtischen Gebieten weit besser als in ländlichen Gebieten. Die oft lebensrettende Schwangerschaftsbetreuung, die vier Untersuchungen vorsieht, kann in „Entwicklungsregionen“ nur von der Hälfte der Frauen in

<sup>16</sup> Commission on the Status of Women (2014): Challenges and achievements in the implementation of the Millennium Development Goals for women and girls. Agreed conclusions, <http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/58/CSW58-agreedconclusions-advanceduneditedversion.pdf>, S.4f.

<sup>17</sup> UN (2013): Millennium-Entwicklungsziele Bericht, [http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG\\_Prozent20Report\\_Prozent202013\\_german.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG_Prozent20Report_Prozent202013_german.pdf), S. 24f., 27

<sup>18</sup> UN (o.J.): <http://www.un.org/millenniumgoals/childhealth.shtml>

<sup>19</sup> Commission on the Status of Women (2014): Challenges and achievements in the implementation of the Millennium Development Goals for women and girls. Agreed conclusions, <http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/58/CSW58-agreedconclusions-advanceduneditedversion.pdf>, S.5



Anspruch genommen werden. Mehr als die Hälfte der verheirateten Frauen in diesen Regionen nutzen eine Form von Familienplanung, was ein wichtiges Element von reproduktiver Gesundheit darstellt. Obwohl Teenager-Schwangerschaften ein erhöhtes Gesundheitsrisiko für Mutter und Kind darstellen, sind bei über 15 Millionen der weltweiten 135 Millionen Geburten sind die Mütter zwischen 15 und 19 Jahre alt, wobei Afrika südlich der Sahara die höchste Jugendgeburtenrate aufweist.<sup>20</sup> In Hinblick auf MDG 5 betont die UN-Frauenstatuskommission, dass noch immer zu wenig Zugang zu Verhütungsmitteln und Einrichtungen der reproduktiven Gesundheit besteht, sowie zu Möglichkeiten zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch.<sup>21</sup>



### **Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten**

Zwischen 1995 und 2011 konnten rund 20 Millionen Menschenleben durch Tuberkulosebehandlungen gerettet werden. Weiters gelang es in den letzten 13 Jahren, 1,1 Millionen Malaria-Todesfälle abzuwenden. Durch eine Ausweitung der Behandlung mit antiretroviraler Therapie konnte auch die Sterblichkeitsrate bei HIV/AIDS deutlich gesenkt werden. Die HIV-Inzidenz sinkt in den meisten Regionen – ausgenommen in der Kaukasus-Region und Zentralasien -, allerdings gibt es jährlich noch immer 2,5 Millionen Neuinfektionen, und nur 55 Prozent der Behandlungsbedürftigen haben Zugang zu einer antiretroviralen Therapie. Aus der Gender-Perspektive betrachtet ist der steigende Frauenanteil unter jungen Menschen in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen (über 60 Prozent) besonders bedenklich. In vielen Ländern haben Mädchen und Frauen unter sozialer Diskriminierung zu leiden, was ihren Zugang zu Informationen zur HIV-Prävention und sichereren Sexualpraktiken extrem erschwert.<sup>22</sup> Die UN-Frauenstatuskommission hebt hervor, dass strukturelle Geschlechterungleichheiten und Gewalt gegen Frauen dafür verantwortlich sind, dass sich Mädchen und Frauen nur unzureichend vor einer Infektion schützen können. Es mangelt am Zugang zu Einrichtungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, und für HIV-positive Frauen bestehen weiterhin besondere Herausforderungen in Bezug auf Stigma, Diskriminierung und Gewalt.<sup>23</sup> Die aktuelle Ebola-Krise in Westafrika wiederum zeigt, wie fragil und unterdotiert die Gesundheitseinrichtungen in vielen der am wenigsten entwickelten Länder sind. Frauen sind auch von dieser Krise als Pflegenden zuhause sowie als im Gesundheitswesen Beschäftigte von dem mit dieser und ähnlichen Infektionskrankheiten verbundenen hohen Ansteckungsrisiko in besonders hohem Ausmaß betroffen.<sup>24</sup>

<sup>20</sup> UN (2013): Millennium-Entwicklungsziele Bericht, [http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG\\_Prozent20Report\\_Prozent202013\\_german.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG_Prozent20Report_Prozent202013_german.pdf), S. 28ff., 31, 33

<sup>21</sup> Commission on the Status of Women (2014): Challenges and achievements in the implementation of the Millennium Development Goals for women and girls. Agreed conclusions, <http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/58/CSW58-agreedconclusions-advanceduneditedversion.pdf>, S.5

<sup>22</sup> UN (2013): Millennium-Entwicklungsziele Bericht, [http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG\\_Prozent20Report\\_Prozent202013\\_german.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG_Prozent20Report_Prozent202013_german.pdf), S. 34ff.

<sup>23</sup> Commission on the Status of Women (2014): Challenges and achievements in the implementation of the Millennium Development Goals for women and girls. Agreed conclusions, <http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/58/CSW58-agreedconclusions-advanceduneditedversion.pdf>, S.5f.

<sup>24</sup> Urgent Action Fund Africa (2014): Gendering the Ebola Outbreak: Connecting the Missing Dots <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/GENDERING%20THE%20EBOLA%20OUTBREAK-CONNECTING%20THE%20%20MISSING%20DOTS.pdf>



## Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Ziel 7, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, hat mehrere Rückschläge erlitten. Seit 1990 ist der globale CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mehr als 46 Prozent gestiegen. Viele Tierarten sind vom Aussterben bedroht, und fast ein Drittel der Meere sind überfischt. Laut dem Roten-Listen-Index sterben nicht nur immer noch Arten aus, sondern diese Entwicklung beschleunigt sich noch zunehmend. Die rasante Entwaldung in vielen Ländern trifft hauptsächlich die ärmsten Bevölkerungsschichten, besonders in Südamerika und Afrika, da lebensnotwendige Ressourcen zunehmend verschwinden. Laut der UN-Frauenstatuskommission (CSW) leiden Frauen und Mädchen aufgrund von Gender-Ungleichheiten überproportional häufig an den negativen Auswirkungen von Wüstenbildung, Entwaldung, Klimawandel und Naturkatastrophen.<sup>25</sup> Geschätzte 863 Millionen Menschen leben in Ländern des globalen Südens in Slums. Immerhin haben seit 1990 über 2,1 Milliarden Menschen Zugang zu saubereren Wasserressourcen erlangt, und 1,9 Milliarden Menschen erhielten Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen. Doch noch immer muss mehr als eine Milliarde Menschen ohne sanitäre Anlagen leben.<sup>26</sup> Frauen und Mädchen leiden am meisten unter dem schweren Zugang zu sauberem Wasser und fehlenden sanitären Anlagen, da sie oft große Distanzen zu Wasserstellen bewältigen müssen<sup>27</sup> und durch kulturelle Schranken nur unter sehr schwierigen Umständen ihre Notdurft verrichten können sowie bei fehlenden Toiletten dem Risiko von Gewalt ausgesetzt sind. Die UN-Frauenstatuskommission kritisiert die große Arbeitslast, die aufgrund der schwierigen Wasserbeschaffung immer noch auf den Schultern von Frauen liegt, und sie betont, dass das Fehlen von sanitären Einrichtungen einen negativen Einfluss auf weibliche Partizipationsraten in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt hat.<sup>28</sup>



## Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Bei Ziel 8, dem Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft, wird im UN-Fortschrittsbericht als Erfolg hervorgehoben, dass die am wenigsten entwickelten Ländern heute zumeist einen zollfreien Zugang zu den Märkten der „entwickelten“ Länder haben. Weiters wird positiv vermerkt, dass die Schuldendienstquote der „Entwicklungsländer“ heute bei einem Viertel des Standes des Jahres 2000 liegt, mit Ausnahme einiger Regionen, in denen rückläufige Exporterträge zu einer höheren Schuldendienstquote geführt haben. Laut Millenniumsentwicklungsbericht ist Ziel 8 aktuell vor allem durch Unterfinanzierung gefährdet. Während die öffentlichen Entwicklungshilfe-Mittel der OECD-Länder im Zeitraum 2000-2010 auf 0,32 Prozent des kombinierten Bruttonationaleinkommens (BNE) der Geber gestiegen sind,

<sup>25</sup> Commission on the Status of Women (2014): Challenges and achievements in the implementation of the Millennium Development Goals for women and girls. Agreed conclusions, <http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/58/CSW58-agreedconclusions-advanceduneditedversion.pdf>, S.6

<sup>26</sup> UN (2013): Millennium-Entwicklungsziele Bericht, [http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG\\_Prozent20Report\\_Prozent202013\\_german.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG_Prozent20Report_Prozent202013_german.pdf), S.42, 46, 49

<sup>27</sup> UN Women (o.J.): <http://www.unwomen.org/co/news/in-focus/mdg-momentum#MDG7>

<sup>28</sup> Commission on the Status of Women (2014): Challenges and achievements in the implementation of the Millennium Development Goals for women and girls. Agreed conclusions, <http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/58/CSW58-agreedconclusions-advanceduneditedversion.pdf>, S.6

fielen sie 2011 auf 0,31 Prozent und 2012 auf 0,29 Prozent. Davon waren die am wenigsten entwickelten Länder besonders betroffen, in die in den letzten Jahren etwa ein Drittel der gesamten Geberhilfe floss. 2012 fiel die bilaterale Nettohilfe für diese Länder real um 13 Prozent auf rund 26 Milliarden Dollar. Laut Angaben der UN fließt aber zunehmend Geld in Gleichstellungsprojekte. So wurden 2010/11 von 91,9 Milliarden Dollar 20,5 Milliarden Dollar in Programme zur Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen bzw. in Projekte mit integriertem „Gender-Mainstreaming“ investiert. Die UN-Frauenstatuskommission fordert weitere Anstrengungen in diesem Bereich und weist darauf hin, dass die Finanzkrise viele Staaten dazu getrieben hat, ihre Sozialausgaben vehement zu kürzen, worunter wiederum Frauen verstärkt leiden. Dieses Thema wird vom Millenniumsentwicklungsbericht nicht beleuchtet, ebenso wenig wie der ungebrochene Einfluss transnationaler Konzerne und Finanzinstitutionen auf die Politikgestaltung auf nationaler und internationaler Ebene. Die extreme Ungleichverteilung von Vermögen bedeutet eine Machtkonzentration, die den öffentlich-demokratischen Gestaltungsspielraum massiv gefährdet. Hohe soziale Ungleichheit bringt nicht zuletzt soziale Spannungen hervor, die politisch instrumentalisiert werden können und zunehmend in gewalttätige Konflikte münden. Die „globale Partnerschaft für Entwicklung“ hat auf diese Fragen keine adäquaten Antworten gefunden.

## 2. Beiträge der OEZA zu Gleichstellung und Empowerment von Frauen

### 2.1. Gender in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Ab der Jahrtausendwende gab es international eine deutliche Mobilisierung von Mitteln für die Gleichstellung und die Rechte von Frauen. Die OECD-Mitgliedsstaaten haben zwischen 2002 und 2012 ihre gendersensitiven Entwicklungsprogramme verdreifacht, wobei das Gros dieser Mittel in Bildung und Gesundheit geflossen ist.<sup>29</sup>

In Österreich reflektiert sich dieser internationale Trend zu einer Erhöhung der Mittel für Geschlechtergleichstellung nur schwach. Seit 2009 ist die österreichische EZA von massiven Kürzungen betroffen, welche sich direkt auf die Frauenförderung auswirken. Im OECD-Vergleich rangiert Österreich weit im unteren Bereich.<sup>30</sup>

Betrachtet man die gesamten bilateralen (nach Sektor zuordenbaren) österreichischen EZA-Mittel, wie sie die OECD ausweist, so hat sich der Gesamtanteil an gendersensibler österreichischer Entwicklungszusammenarbeit (Gender Marker 1+2)<sup>31</sup> seit 2009 kontinuierlich verringert. Lag dieser kombinierte Anteil 2009 bei 27 Prozent, so fiel er bis 2012 sukzessive auf 12 Prozent. Damit schneidet Österreich im internationalen Vergleich sehr schlecht ab: Durchschnitt aller DAC-Mitgliedsstaaten 2011/12 war 27 Prozent.<sup>32</sup>

Mit Ausgaben in Höhe von 60 Mio. US\$ für gender-sensitiv gestaltete EZA im Jahresdurchschnitt 2011/12 lag Österreich auch weit abgeschlagen hinter anderen europäischen Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftskraft wie Dänemark (769 Mio. US\$), Belgien (576 Mio. US\$), der Schweiz (361 US\$) oder Irland (170 Mio. US\$).<sup>33</sup>

An jene Länder, die in der Statistik als Spitzenreiter der Empfänger österreichischer EZA ausgewiesen sind, gehen keinerlei Mittel für Frauenförderung, etwa an China, die Türkei, Vietnam, Togo, Ghana und die Ukraine (alle 0 Prozent im Jahr 2011).<sup>34</sup> Zu Recht sprechen KritikerInnen davon, dass die österreichischen EZA-Gesamtleistungen „aufgeblasen“ sind und es

29 OECD-DAC GENDERNET (2014): Financing the unfinished business of gender equality and women's rights: priorities for the post-2015 framework, <http://www.oecd.org/dac/gender-development/financing-unfinished-business-gender-equality.htm>

30 OECD-DAC (2014): Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment - Donor Charts, <http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/Aid-support-gender.pdf>

31 Mit der Einführung einer Kennzeichnung von Mittelflüssen der Entwicklungszusammenarbeit nach speziellen politischen Zielsetzungen, sogenannten „Policy Objective Markers“ kann für die bilaterale EZA nachvollzogen werden, in welchem Ausmaß OEZA-Vorhaben die Gleichstellung der Geschlechter entweder als Hauptziel oder als wichtiges Nebenziel bzw. gar nicht verfolgen. Die Policy Objective Marker gibt es auch für andere Bereiche, insbesondere Umwelt. Die Marker sind deskriptiv und beruhen auf Finanzierungszusagen in einem bestimmten Jahr (nicht den Auszahlungen pro Jahr). Ein mit Gender Equality Marker Code 2 gekennzeichnetes Projekt bedeutet, dass mit diesem Projekt die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel verfolgt wird. Die Vergabe von Code 1 bedeutet, dass mit einem Projekt oder Programm Gleichstellung zwar nicht als Hauptziel, aber als signifikantes sekundäres Ziel verfolgt wird. Code 0 bedeutet, dass ein Projekt keine Gleichstellungsziele verfolgt. Nicht alle Geldflüsse werden von den Markern erfasst, es gibt einige Ausnahmen. Zum Verständnis der OECD/DAC Policy Marker siehe auch: OEZA (2014): ODA-Bericht 2012, S.48, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2012.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2012.pdf).

32 OECD-DAC (2014): Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment - Donor Charts, <http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/Aid-support-gender.pdf>

33 OECD-DAC (2014): Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment - Donor Charts, <http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/Aid-support-gender.pdf>

34 OECD-DAC (2014): Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment - Donor Charts, <http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/Aid-support-gender.pdf>

sich bei vielen Geldflüssen nicht um echte Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit handelt, die bei der Bevölkerung in Entwicklungsländern auch direkt ankommen.

Demgegenüber ist die in die OEZA-Schwerpunktländer fließende EZA – vor allem ADA-Mittel, vielfach in Kofinanzierung mit NGOs – in vergleichsweise hohem Maß gender-sensitiv ausgestaltet. Das spiegelt sich in der Liste der Top-10-Empfängerländer von gendersensibler gestalteter EZA wider, die weitgehend mit der Liste der OEZA-Schwerpunktländer übereinstimmt. Top-10-Empfängerländer gendersensibler EZA aus Österreich waren demnach im Jahr 2011 Uganda, Äthiopien, Nicaragua, Kosovo, Georgien, Burkina Faso, Bhutan, Mozambique, West Bank & Gaza und Armenien. Prozentuelle Spitzenreiter waren dabei Uganda mit 92 Prozent, Nicaragua mit 86 Prozent und Äthiopien mit 76 Prozent geschlechtersensibel ausgestalteten Programmen.<sup>35</sup>

Die konkreten Mittel für gendersensible Programme in diese Länder sind allerdings sehr bescheiden, von 13 Mio. US\$ (Uganda) abwärts (Armenien: 1 Mio. US\$).<sup>36</sup>

Gering sind auch die Mittel, die zur direkten Unterstützung an Fraueninstitutionen und – Organisationen gehen: So stellte Österreich im Jahresdurchschnitt 2009/10 gerade einmal 0,5 Mio. US\$<sup>37</sup> für globale und 3,1 Mio. US\$ für lokale Frauenorganisationen zur Verfügung. Dieser Wert wurde auch in den Folgejahren nicht überschritten; 2011/2012 wurden 1 bzw. 2 Mio. US\$ an Frauenorganisationen und –Institutionen vergeben.<sup>38</sup> Wenn man davon ausgeht, dass partizipative Ansätze und „Ownership“ von Programmen durch die beteiligten Bevölkerungsgruppen überaus wichtige Ansätze sind, um nicht „von oben“ oder „von außen“ Programme an den Betroffenen vorbei zu planen und umzusetzen, dann ist die Frage, ob dieser kleine Beitrag an Förderung für Frauenorganisationen, die sich ja speziell für die Interessen von Mädchen Frauen engagieren (um deren Gleichstellung und Gleichberechtigung es bei „Gender Equality“ in der Regel ja geht), nicht ein Ausdruck von Geringschätzung ist. Empowerment bedeutet, benachteiligte Menschen so zu unterstützen, dass sie selbst für ihre Interessen eintreten können, und dabei spielen lokale Organisationen eine entscheidende Rolle. Es wird die politische Dimension übersehen, welche eine Stärkung von Frauenorganisationen bei der Gestaltung von Entwicklungsprozessen spielen müsste und in Zukunft spielen sollte.

In Österreich ist die Gleichstellung der Geschlechter kein explizit formuliertes „Ziel“ der Entwicklungszusammenarbeit, aber eines von vier „Prinzipien“.<sup>39</sup> Diese Formulierung legt den Grundstein dafür, dass Frauenförderung in der OEZA als Querschnittsmaterie verstanden wird.

Der im aktuellen Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik formulierte Ansatz lautet dementsprechend: „Alle Programme und Projekte sind darauf ausgerichtet, einen Beitrag zu Geschlechtergerechtigkeit zu leisten.“<sup>40</sup>

---

<sup>35</sup> OECD-DAC (2014): Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment - Donor Charts, <http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/Aid-support-gender.pdf>

<sup>36</sup> OECD-DAC (2014): Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment - Donor Charts, <http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/Aid-support-gender.pdf>

<sup>37</sup> Achtung: Angaben der OEZA/ADA in EUR, der OECD in US-Dollar.

<sup>38</sup> OECD-DAC (2014): Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment - Donor Charts, <http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/Aid-support-gender.pdf>

<sup>39</sup> Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inkl. EZA-Gesetz-Novelle 2003 (o.J.), [http://www.entwicklung.at/uploads/media/EZA\\_Gesetz\\_03.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/EZA_Gesetz_03.pdf)

Die theoretischen und praktischen Ansätze zur Gleichstellung und dem Empowerment von Frauen im Rahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurden als Leitlinien ausformuliert, was dem Thema grundsätzlich einen hohen Stellenwert verleiht.<sup>41</sup>

Die Budgetplanung der österreichischen Bundesregierung bezieht sich in ihrem Wirkungsziel zur Geschlechtergleichstellung in der OEZA allerdings lediglich auf jenen Teil der Mittel, die über die Austrian Development Agency (ADA) vergeben werden.<sup>42</sup> Dabei wird das Ziel laut Dreijahresprogramm, dass alle OEZA-Projekte und Programme einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten sollen, auf drei Viertel reduziert. Bei diesem (immer noch ambitionierten) Gender-Wirkungsziel zur OEZA ist also vorgesehen, dass 75 Prozent aller Projekte/Programme der ADA entweder gezielt auf Gleichstellung ausgerichtet sein oder die Gleichstellung der Geschlechter als wichtige sekundäre Zielsetzung enthalten müssen. Auf einen Anteil von knapp 75 Prozent kamen die OEZA-Förderungen jedoch erst einmal (2008) – zuletzt wurden nach einem Tiefststand 2011 (von 53 Prozent) 2012 62 Prozent erreicht.

Die unten stehende Tabelle bietet eine Übersicht über die Finanzierung von Programmen zur Geschlechtergleichstellung durch die OEZA/ADA in den Jahren 2007 bis 2012. Daraus geht hervor, dass die starken Budgetkürzungen, welche die ADA in den letzten Jahren hinnehmen musste, auch einen dramatischen Rückgang der für Gleichstellungsvorhaben (Gender Marker 1 und 2) zur Verfügung stehenden Mittel bedeutet haben (von 70 Mio. 2007 bzw. 80 Mio. 2008 auf 45 Mio. EUR 2012).

**Tabelle:** OEZA/ADA-Zusagen in Millionen Euro und in Prozent 2007 bis 2012

	2007		2008		2009		2010		2011		2012	
<b>Gender Equality Marker</b>	<b>Zusagen in Mio.EUR</b>	<b>in %</b>	<b>Zusagen in Mio.EUR</b>	<b>in %</b>	<b>Zusagen in Mio.EUR</b>	<b>in %</b>	<b>Zusagen in Mio.EUR</b>	<b>in %</b>	<b>Zusagen in Mio.EUR</b>	<b>in %</b>	<b>Zusagen in Mio.EUR</b>	<b>in %</b>
Gender-spezifisch (Code = 2)	12,01	11 %	6,24	6 %	5,12	5 %	9,49	10 %	4,70	6 %	3,09	4 %
Gender-integriert (Code = 1)	58,37	55 %	74,08	67 %	65,55	67 %	41,25	45 %	35,13	47 %	41,87	58 %
Code 1+2	70,38	66 %	80,32	73 %	70,67	72 %	50,74	55 %	39,82	53 %	44,96	62 %
Gesamt OEZA/ADA	105,91	100 %	109,60	100 %	97,90	100 %	91,82	100 %	74,71	100 %	72,65	100 %

Quelle: OEZA: ODA-Berichte 2009<sup>43</sup>, 2010<sup>44</sup>, 2011<sup>45</sup> und 2012<sup>46</sup>  
(eigene Zusammenstellung und Rundung von Prozentangaben)

<sup>40</sup> Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (2012): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013-2015, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP\\_2013-2015\\_01.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2013-2015_01.pdf); S.22

<sup>41</sup> Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (2006/2010): Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL\\_Gender\\_Mar2010\\_02.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL_Gender_Mar2010_02.pdf)

<sup>42</sup> BMF (2013): Teilheft Bundesvoranschlag 2014, Untergliederung 12 Äußeres, S.9, [https://service.bmf.gv.at/BUDGET/Budgets/2014\\_2015/bfg2014/teilhefte/UG12/UG12\\_Teilheft\\_2014.pdf](https://service.bmf.gv.at/BUDGET/Budgets/2014_2015/bfg2014/teilhefte/UG12/UG12_Teilheft_2014.pdf)

<sup>43</sup> OEZA (2010): Bericht 2009, S.35; [http://www.oefse.at/Downloads/eza/OEZA\\_Bericht\\_2009\\_Web\\_03.pdf](http://www.oefse.at/Downloads/eza/OEZA_Bericht_2009_Web_03.pdf)

<sup>44</sup> OEZA (2012): ODA-Bericht 2010, S.58; [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2010\\_03.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2010_03.pdf)

<sup>45</sup> OEZA (2012): ODA-Bericht 2011, S.43, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2011.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2011.pdf)

Wie aus der Tabelle des Weiteren hervorgeht, schwankte der Anteil an „genderspezifischer“ Projektfinanzierung - mit Gleichstellung als vorrangigem Projektziel - im Zeitraum 2007 bis 2012 zwischen 11 und 4 Prozent. In absoluten Zahlen gesehen, bedeuten 4 Prozent gerade einmal 3 Mio. EUR, gegenüber Gesamtzusagen von knapp 73 Mio. EUR im Jahr 2012.

Demgegenüber lagen die Mittel für Projekte mit Gender als signifikantem sekundärem Ziel – also für Projekte mit integrierten Gender-Zielen - zwischen 45 und 67 Prozent der ADA-Gesamtausgaben. Das ist deutlich höher und verweist darauf, dass dem Gender-Mainstreaming in der Praxis der OEZA eine bedeutende Rolle zukommt. Zugleich zeigt der rückläufige Trend, dass die Budgetkürzungen überproportional zu Lasten von Programmen mit gender-sensitiven Ansätzen gingen.

Beachtung verdient auch der Blick auf Projekte und Programme der bilateralen EZA, die gar keine Gleichstellungsziele verfolgen. Es kann wohl unter Umständen gerechtfertigt sein, dass in manchen Programmen/Projekten keine genderspezifischen Ziele verfolgt werden bzw. deren Umsetzung im Rahmen eines Projekts nicht nachgewiesen werden, da dafür immer ein gewisser Aufwand nötig ist, der nicht verhältnismäßig erscheinen mag. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass auch bei Programmen, die doch allgemein der „Bevölkerung“ zugute kommen – wie etwa Infrastrukturprogramme -, einzelne Interessensgruppen bevorzugt bedient und andere benachteiligt werden können oder gar Schaden erleiden. Daher erscheint ein Anteil von 27 bis 47 Prozent der ADA-Projekte und Programme, die entweder nicht gegen den Gender Policy Marker gescreent wurden oder kein Gleichstellungsziel verfolgen, doch beträchtlich.

Eine Evaluierung der ADA Gender-Policy im Jahr 2012 hat denn auch verschiedene Probleme in Zusammenhang mit dem Gender-Mainstreaming-Ansatz aufgezeigt.<sup>47</sup> Ein Resümée der Evaluierung lautet, dass es für Aktivitäten in verschiedenen Sektoren (z.B. Energie, Wasser, Landwirtschaft...) jeweils eigener sektorspezifischer Gender-Strategien bedarf. Diese müssen zudem auch länderspezifisch entsprechend dem jeweiligen Kontext erarbeitet werden. Wenngleich Leitlinien und Schulungen hier helfen können, kommt doch kein/e Projektträger/in um die konkrete spezifische Planung herum. Das wiederum bedeutet einen erhöhten Aufwand und erfordert sowohl Mittel als auch spezifisch geschultes und engagiertes Personal.

### **Allgemeine Empfehlungen zu Gender in der OEZA:**

- Aufstockung der Mittel für die gendersensibel gestaltbare bilaterale EZA und Verankerung in der Budgetplanung mittels Stufenplan!
- Stärkung von Frauenorganisationen und Einbeziehung von Frauenorganisationen national und international in den Politikdialog!
- Finanzierung und Nutzung von Gender-Expertise, sodass im gestaltbaren Bereich der EZA die Gleichstellungsziele erreicht werden!
- Aufgreifen der Empfehlungen aus der Evaluierung der ADA-Gender-Policy zur Überwindung von Schwächen in der Praxis des Gender-Mainstreamings!

---

<sup>46</sup> OEZA (2014): ODA-Bericht 2012, S.48; [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2012.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2012.pdf)

<sup>47</sup> Austrian Development Agency (2012): Evaluation of the Austrian Development Cooperation (ADC) Gender Policy between 2004–2011, [http://www.oecd.org/derec/austria/Final\\_Prozent20Evaluation\\_Prozent20Report\\_Prozent20GENDER.pdf](http://www.oecd.org/derec/austria/Final_Prozent20Evaluation_Prozent20Report_Prozent20GENDER.pdf)

- Menschenrechtliche Verankerung von strategischen Entscheidungen im Bereich der EZA!
- Überprüfung von Entscheidungen in allen Politikbereichen auf ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte und die soziale Situation von Frauen in Ländern des globalen Südens!

## 2.2. Gender und KleinbäuerInnen in Ostafrika

Aufgrund der patriarchalen Arbeitsteilung tragen Frauen weltweit die Hauptverantwortung für die Versorgungsökonomie. In der Subsistenzökonomie bedeutet das auch eine tragende Rolle in der Produktion. Zahlreiche Studien belegen, dass Ernährungssicherung in Afrika in Frauenhand liegt, denn 80 - 90 Prozent der Grundnahrungsmittel werden von Frauen produziert. Dennoch sind ihre wirtschaftlichen Potenziale „durch zahlreiche rechtliche, agrarpolitische und soziokulturelle Hindernisse beschränkt, nicht zuletzt durch die, sich über Jahrzehnte in der Entwicklungsplanung haltende, Vorstellung von kleinbäuerlichen Familienbetrieben unter männlicher Leitung“.<sup>48</sup>

Im Rahmen von MDG 3 „Gleichstellung der Geschlechter“ würde das bedeuten, dass der Rolle der Frauen in der landwirtschaftlichen Produktion auch ihre Gleichstellung innerhalb der rechtlichen und soziokulturellen Rahmenbedingungen entsprechen müsste. Auch dem Millenniumsziel 4 „Senkung der Kindersterblichkeit“ würde damit Rechnung getragen. Denn, wie die entwicklungspolitische Praxis zeigt, kommt es Kindern zugute, wenn Frauen die Entscheidungsbefugnis über ihre landwirtschaftlichen Erträge haben. Nicht zuletzt die Bekämpfung von Armut und Hunger (Millenniumsziel 1) kann nur erfolgreich sein, wenn ein Gender-Gleichgewicht, sowohl in der landwirtschaftlichen Arbeitsteilung, als auch in der Entscheidung über die Produktion und die Verwendung der Ernten erzielt wird und wenn die entwicklungspolitischen Bemühungen die Subsistenzwirtschaft unter der Prämisse „food first“ unterstützen.

Auf der OEZA-Website wird konkret zur Förderung von Gender-Gerechtigkeit Stellung genommen und dies mit der Forderung, Frauen fairen Zugang zu Ressourcen zu ermöglichen verknüpft.<sup>49</sup> Zahlreiche Dokumente betonen die Benachteiligung von Frauen sowie die Bedeutung der Förderung ökologischer Landwirtschaft und die Erhaltung von Biodiversität, aber die Verknüpfung der Themen findet nicht in ausreichendem Maße statt, besonders was die Schlussfolgerungen für konkrete Maßnahmen anbelangt.<sup>50</sup> Im ADA-Papier „Focus Ernährungssicherheit“ (2012) sowie im Folder zu „Rural Development“ wird Gender im Zusammenhang mit dem Thema nicht behandelt; Frauen werden nur im Hinblick auf Zugang zu Land erwähnt. Mangelnde Investitionen und fehlender Zugang zu Märkten werden als Ursache betont, ebenso die globalen wirtschaftlichen Zusammenhänge und die ökologische Situation.

<sup>48</sup> Schäfer, Rita (2002): Gender und ländliche Entwicklung in Afrika, aus Politik und Zeitgeschichte B 13-14, <http://www.bpb.de/apuz/27008/gender-und-laendliche-entwicklung-in-afrika>, S.1

<sup>49</sup> OEZA (o.J.) <http://www.entwicklung.at/themen/gender/>; <http://www.entwicklung.at/themen/laendliche-entwicklung/>

<sup>50</sup>OEZA (2003): Sektorpolitik ländliche Entwicklung,

[http://www.entwicklung.at/uploads/media/Sektorpolitik\\_Laendliche\\_Entwicklung.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Sektorpolitik_Laendliche_Entwicklung.pdf)

OEZA (2012): ODA-Bericht 2011, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2011.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2011.pdf)

OEZA (2010): OEZA-Bericht 2009, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/OEZA\\_Bericht\\_2009\\_Web\\_03.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/OEZA_Bericht_2009_Web_03.pdf)

OEZA (o.J.): Erhaltung der Biodiversität in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, <http://www.entwicklung.at/uploads/media/Biodiversitaet.pdf>



Gleichzeitig wird aber die Bedeutung des *Comprehensive Africa Agriculture Development Programme* (CAADP) von NEPAD hervorgehoben, das genau diese Politik, inklusive Gentechnik, als Lösung propagiert, die vorher kritisiert wurde.<sup>51</sup>

Wie die OECD-DAC CRS-Datenbank der Jahre 2003-2012 für die ostafrikanischen Länder einschließlich Äthiopien zeigt, sind viele OEZA-Projekte, insgesamt ein Drittel bis die Hälfte, im Bereich Landwirtschaft/ländliche Entwicklung und im Bereich Wasserversorgung mit dem Gendermarker 0 gekennzeichnet. Das bedeutet, dass der Genderrelevanz in diesen Fällen keine Bedeutung beigemessen wird.

Projekte mit Marker 2, die Gender-Gleichstellung als Hauptziel verfolgen, sind fast ausschließlich Programme mit einer weiblichen Zielgruppe, die sich speziell mit „Frauenthemen“ befassen (reproduktive Gesundheit, FGM, Mädchenschulen, Trainings für Frauen zu Menschenrechten sowie als Friedensakteurinnen etc.).<sup>52</sup> Ob diese Projekte tatsächlich alle dem transformativen Anspruch des Gender-Konzepts genügen, nämlich die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern anzusprechen und zu versuchen, diese zu verändern, muss hier dahingestellt bleiben.<sup>53</sup>

Etwas mehr als die Hälfte der Programme mit landwirtschaftlichen Maßnahmen sind mit dem Gender-Marker 1 kategorisiert; bei der Wasserversorgung sind es weniger. Hier wird Geschlechtergleichstellung als signifikantes sekundäres Ziel betrachtet.

Als Beispiel für ein Programm, das mit dem Gender-Marker 1 gekennzeichnet wurde, soll hier das ERI (*Enabling Rural Innovation*) Ostafrika-Programm genannt werden, das mit staatlichen und Eigenmitteln von NGOs kofinanziert wird. Dieses Programm wurde zur Unterstützung von Kleinbauern/bäuerinnen mit ganzheitlichem Ansatz und Förderung von unternehmerischer Kultur durch partizipative Methoden zur Erhöhung von Ernährungssouveränität, Einkommenssicherheit, sowie nachhaltigem Management natürlicher Ressourcen ins Leben gerufen. Es wird als Beitrag zu MDG 1 (Bekämpfung von Armut und Hunger), MDG 2 (Grundschulbildung), MDG 3 (Gleichstellung der Geschlechter) und MDG 7 (ökologische Nachhaltigkeit) verstanden. Die Programmatik der OEZA, Männer und Frauen auf gleiche Weise bei den Interventionen zu beteiligen, wird gemeinsam mit den Programmen der ostafrikanischen Länder, eine kommerzielle Landwirtschaft aufzubauen, erwähnt. Bei der Analyse und Zielsetzung kommen Gender und Frauen allerdings nicht explizit vor. Bei der Zielgruppenorientierung, der Methode und den Aktivitäten jedoch wird großes Augenmerk darauf gelegt. Die Gruppen werden mit gleicher Beteiligung von Männer und Frauen organisiert und den Frauen kommt bei der Marktbeteiligung und dem Generieren von Haushaltseinkommen, der Diversifizierung der Produkte sowie Einschätzung der Ernährungssicherheit eine herausragende Rolle zu. Von hier aus sollen auch traditionelle Genderrollen aufgebrochen werden.

---

<sup>51</sup> OEZA (2012): Fokus: Ernährungssicherheit – International vereinbartes Ziel und Menschenenrecht,

[http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus\\_Ernaehrung\\_Mai2012\\_01.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus_Ernaehrung_Mai2012_01.pdf)

NEPAD (o.J): <http://www.nepad.org/foodsecurity/agriculture/about>

OEZA (2006): [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Folder\\_Rural\\_Development.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Folder_Rural_Development.pdf)

<sup>52</sup> OECD: Creditor Reporting System, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=CRS1>

<sup>53</sup> Von Braunmühl, Claudia (2012): Evaluation of the Austrian Development Cooperation Gender Policy 2004-2011, [http://www.oecd.org/derec/austria/Final\\_Prozent20Evaluation\\_Prozent20Report\\_Prozent20GENDER.pdf](http://www.oecd.org/derec/austria/Final_Prozent20Evaluation_Prozent20Report_Prozent20GENDER.pdf), S.38

Gerade im landwirtschaftlichen Bereich der Subsistenzproduktion wären Programme mit einer realistischen Analyse der Genderbeziehungen in der Arbeitsteilung und der Entscheidungsfindung innerhalb der Familien wichtig, um die traditionellen Rolle der Frauen als Ernährerinnen der Familie zu stärken, ihnen Mitentscheidung zu ermöglichen und die Männer in die schwere tägliche Arbeit von Produktion und Versorgung einzubinden.

Der Zugang von Frauen zu Land(rechten) ist ein weiteres wichtiges Thema, zu dem sich Frauenorganisationen in Ostafrika stark engagieren.<sup>54</sup> In Bezug auf Landrechte besteht in vielen ostafrikanischen Ländern nach wie vor ein duales System von offizieller Gesetzeslage, die inzwischen auch den Frauen im Land- und Erbrecht den Zugang zu Land ermöglicht und dem vorherrschenden traditionellen Gewohnheitsrecht, welches die Durchsetzung erschwert oder unmöglich macht, solange Frauen nicht über genügend Macht verfügen, ihre Ansprüche durchzusetzen. Durch die (globalen) von der Weltbank unterstützten Landreformprozesse unter der Prämisse der Privatisierung wird zudem die rechtliche Stellung der einheimischen Bevölkerung und ihrer Communities generell geschwächt und Investoren der Zugang erleichtert, was zu einer starken Zunahme von Landkonflikten führt. Das Thema Geschlechtergleichstellung fällt dabei leider weitgehend unter den Tisch, was aber nicht heißt, dass sich Frauenorganisationen vor Ort in diesen Konflikten nicht vehement einbringen.<sup>55</sup>

Angesichts der bedrohlichen Rahmenbedingungen für die Subsistenzlandwirtschaft durch die Agroindustrie, durch Klimawandel, Landgrabbing und Extractivism (Ausbeutung von Rohstoffen durch transnationale Konzerne ohne Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung) ist eine fundierte „Food First Policy“, die auch der Rolle der Frauen in der Landwirtschaft Rechnung trägt, von großer Bedeutung. Dabei kommt der Ernährungssouveränität der Bevölkerung erste Priorität zu. Bereits seit Mitte der 70er Jahre gibt es Forschungen, Publikationen und Programme, die auf diesem Prinzip aufbauen und vor allem vom „Institute for Food & Development Policy – Food First“<sup>56</sup> und „La Via Campesina“, einem globalen Netzwerk von Kleinbauern- und Bäuerinnen, vertreten werden.<sup>57</sup>

### **Empfehlungen zur Stärkung von Kleinbäuerinnen:**

- Kohärenz in Bezug auf Gender und Ernährungssouveränität, die der Rolle der Frauen in der Subsistenzlandwirtschaft angemessen ist;
- Kritisches Vergleichen der eigenen Policies mit denen der Empfängerländer sowie kritisches Hinterfragen der Policies auf NEPAD-Ebene.
- Klare Positionierung innerhalb des „Agrikulturkampfes“ – ergrüntes Agrobusiness versus ökologischen Strukturwandel mit multifunktionaler Landwirtschaft und Vertreten dieser Positionen in internationalen Gremien auf UN- und EU-Ebene.
- Durchgängige „Food First“ Policy;
- Verstärkter Fokus auf vernachlässigte Regionen innerhalb der Empfängerländer, die aufgrund von Trockenheit etc. wirtschaftlich wenig Aufmerksamkeit bekommen;

<sup>54</sup> Huairou Commission & UNDP (2014): Engendering Access to Justice. Grassroots women's approaches to securing land rights, [http://huairou.org/sites/default/files/EngenderingAccesstoJustice\\_web2014.pdf](http://huairou.org/sites/default/files/EngenderingAccesstoJustice_web2014.pdf)

<sup>55</sup> Vgl. [http://www.uganda.at/Downloadarea/Vergleichsstudie\\_GenderLandrechte.pdf](http://www.uganda.at/Downloadarea/Vergleichsstudie_GenderLandrechte.pdf)

<sup>56</sup> Institute for Food & Development Policy (2013): <http://foodfirst.org/publications/>

<sup>57</sup> La Via Campesina (o.J): <http://viacampesina.org/en/>

- Thematischer Fokus auf für Kleinbauern und-Bäuerinnen bedrohliche Entwicklungen wie Landgrabbing und Extractivism sowie Unterstützung von Organisationen mit diesem Fokus vor Ort;
- Verstärkte Implementierung von OEZA-Programmen, die auf eine Änderung der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern abzielen.

### 2.3. Landflucht und informeller Sektor in Ghana und Burkina Faso

Ausgehend von der Situation von Frauen in den ländlichen Regionen Westafrikas wird deutlich, dass es aufgrund diverser Faktoren wie Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte, Klimaveränderungen, ausbeuterischer Zwischenhandel sowie globaler handelspolitischer Rahmenbedingungen vor allem für junge Frauen immer schwieriger wird, im größten Wirtschaftssektor, der Landwirtschaft, Auskommen zu finden. Laut Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen (FAO) ist der Anteil an Frauen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, in Sub-Sahara-Afrika weltweit am höchsten, trotzdem ist dieser Beitrag unterbezahlt bzw. weitgehend unbeachtet.<sup>58</sup> Zudem haben Frauen in Sub-Sahara-Afrika vergleichsweise weniger Zugang zu Land, Krediten und Arbeitsplätzen, sind aber trotzdem häufig für die Nahrungsmittelversorgung innerhalb des Haushaltes verantwortlich<sup>59</sup>.

Da das Potential des landwirtschaftlichen Sektors in ländlichen Gebieten oft nicht ausreichend ausgeschöpft wird und darüber hinaus ein Mangel an Arbeitsplätzen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich vorherrscht, ist die Abwanderung von Menschen, zunehmend von Frauen, aus ruralen Gebieten in die Städte hoch. Auch der Mangel an Bildungs- und Berufsbildungschancen wirkt sich auf die Arbeitsmigration von Frauen aus dem ländlichen Nordghana, Burkina Faso und Togo aus<sup>60</sup>. Statistiken zeigen, dass vor allem Frauen ohne Zugang zu und Chance auf Bildung die ländlichen Gebiete in Nordghana verlassen und in die städtischen Zentren abwandern, um Einkommensmöglichkeiten zu finden<sup>61</sup>.

Es sind daher vor allem Migrantinnen aus dem ruralen Nordghana, Burkina Faso und Togo, welche aufgrund der genannten Faktoren meist in prekären Beschäftigungsverhältnissen im informellen Kleinhandel in den urbanen Zentren Ghanas landen<sup>62</sup>. Der informelle Sektor (Selbstbeschäftigung und sozialrechtlich nicht abgesicherte Lohnarbeit) dominiert den Arbeitsmarkt in Ghana: Fast die Hälfte aller Erwerbstätigen sind im informellen Privatsektor beschäftigt. Ein hoher Anteil an den erwerbstätigen Frauen, nämlich 49,2 Prozent in Ghana und 41,9 Prozent in Burkina Faso, ist im informellen Privatsektor beschäftigt<sup>63</sup>. So auch im gesamten frankophonen Westafrika, wo 76,2 Prozent der Beschäftigten im informellen Sektor in den

<sup>58</sup> FAO (2013): African Youth in Agriculture, Natural Resources and Rural Development. Nature & Faune. Volume 28, Issue 1, <http://www.fao.org/docrep/019/as290e/as290e.pdf>

<sup>59</sup> FAO (2012): Gender Inequalities in Rural Employment in Ghana. An Overview, <http://www.fao.org/docrep/016/ap091e/ap091e00.pdf>

<sup>60</sup> Awumbila (2007): Internal migration, vulnerability and female porters in Accra, Ghana, <http://paa2007.princeton.edu/papers/70865>

<sup>61</sup> Ghana Statistical Service (2008): Ghana Living Standards Survey. Report of fifth round (GLSS 5), [http://www.statsghana.gov.gh/docfiles/glss5\\_report.pdf](http://www.statsghana.gov.gh/docfiles/glss5_report.pdf)

<sup>62</sup> FAO (2013): African Youth in Agriculture, Natural Resources and Rural Development. Nature & Faune. Volume 28, Issue 1, <http://www.fao.org/docrep/019/as290e/as290e.pdf>

<sup>63</sup> Ghana Statistical Service (2008); UN Statistics Division (2003): Women Working in the Informal Sector in Africa: New Methods and New Data, [http://unstats.un.org/unsd/methods/timeuse/infresource\\_papers/charmes\\_informal\\_1.htm](http://unstats.un.org/unsd/methods/timeuse/infresource_papers/charmes_informal_1.htm)

Hauptstädten der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) beschäftigt sind. Davon sind mehr als ein Drittel unter 26 Jahren alt<sup>64</sup>.

Die verstärkte Land-Stadt Abwanderung unter Frauen hat im Kontext der Liberalisierungsbestrebungen der 1980er und 1990er Jahre begonnen<sup>65</sup>. Der Handel mit Waren gewann seither - als zweitwichtigster Wirtschaftssektor in Ghana - immer mehr an Bedeutung. Eine große Zahl der Arbeitsmigrantinnen aus den ländlichen Teilen Westafrikas arbeitet im Handel als Lastenträgerin und transportiert oder verkauft Waren in den städtischen Marktzentren. Laut Weltbank sind die meisten neuen Arbeitsplätze, die seit 1990 in Ghana entstanden sind, im prekären informellen Kleinhandelssektor entstanden<sup>66</sup>. Die Arbeit in diesem durch Arbeitsmigration gewachsenen Sektor wird fast ausschließlich von jungen Frauen zwischen 15 und 25 Jahren aus den nördlichen Savannah-Gebieten, Burkina Faso oder Togo verrichtet<sup>67</sup>. Aufgrund prekärer Wohnsituationen von Frauen am Zielort nimmt das Risiko der sexuellen Gewalt an den Frauen zu, mit der Konsequenz von ungewollten Schwangerschaften und Infektion mit HIV/AIDS. Diese Form der Beschäftigung widerspricht dem von der ILO initiierten und in den Millenniumsentwicklungszielen ein Stück weit integriertem Konzept von „decent work“ (MDG 3 beinhaltet einen Indikator zur Erhöhung des Frauenanteils an (regulärer) unselbständiger Beschäftigung im nichtlandwirtschaftlichen Sektor)<sup>68</sup>.

Nicht nur Arbeitsmigration und Beschäftigung im Kleinhandel bedingen sich einander, auch die globalen Handelsstrukturen wirtschaften an den Interessen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung vorbei. Anstatt Wertschöpfung durch Verarbeitung von Waren und Ausbildung von Menschen zu fördern, werden die Exportinteressen großer Unternehmen bedient.

Die seit den 1980er Jahren zunehmende, von multilateralen Institutionen (IWF, Weltbankgruppe) und EU forcierte Liberalisierung der Märkte, intensiviert den Wettbewerb an Waren. Freihandelsabkommen bewirken, dass aus der EU importierte Waren nach Westafrika oft billiger sind als lokale Produkte. Dies ist insofern und dann problematisch, wenn es sich um Güter handelt, die in den Zielländern in Westafrika ebenso erhältlich sind (dies betrifft vorwiegend Geflügel und Tomaten). Der immense Export tiefgefrorener Geflügelteile sowie Tomaten aus europäischen Ländern nach Westafrika seit den 1990er Jahren, haben die lokalen Geflügel- und Tomatenbauern und -bäuerinnen in Westafrika, vor allem in Ghana, in den Ruin

---

<sup>64</sup> Sawadogo, Eric J. Wendkouni (2012): Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung unter besonderer Berücksichtigung des sog. informellen Sektors in Entwicklungsländern - am Bsp. Westafrika: Anforderungen, Möglichkeiten und Instrumente für Personal- und Organisationsentwicklung. Burkina Faso / TU Dresden, [http://rcswww.urz.tu-dresden.de/~ast/Alumni/Beitraege\\_SS2012/Beitrag\\_Prozent20Eric.pdf](http://rcswww.urz.tu-dresden.de/~ast/Alumni/Beitraege_SS2012/Beitrag_Prozent20Eric.pdf)

<sup>65</sup> Aryeetey, Ellen (2000): The participation of women in the Ghanaian economy. In: Areyetey, Ernest; Kanbur, Ravi (eds.): Economic reforms in Ghana. The miracle and the mirage. Oxford: James Currey Ltd, S. 321-343

<sup>66</sup> Weltbank (2011): Project Appraisal Document on a proposed credit in the amount of 44.9 million (US\$ 70 Million equivalent) to the Republic of Ghana for a Ghana skills and technology development project, [http://www.sdfghana.org/new/reports/1366197596GSTDP\\_PAD.pdf](http://www.sdfghana.org/new/reports/1366197596GSTDP_PAD.pdf)

<sup>67</sup> Adjei, Elizabeth (2006): Impact of female migration on countries of origin: The case of Ghana. UNFPA-IOM Expert Group Meeting. New York, 2-3 May 2006. In: Female Migrants: Bridging the gaps throughout the life cycle, UNFPA-IOM Expert Group Meeting New York, 2-3 May 2006, S. 47-59);

Opape, James Adu (2003): *Kayayei*: the women head porters of southern Ghana. In: Journal of Social Development in Africa, Vol. 18, No 2, July 2003, S. 33-48;

Tanle, Augustine (2003): Rural-urban migration of females from the Wa district to Kumasi and Accra: A case study of the kaya yei phenomenon. University of Cape Coast: Thesis.

[http://ir.ucc.edu.gh/dspace/bitstream/123456789/265/1/TANLE\\_Prozent202003.pdf](http://ir.ucc.edu.gh/dspace/bitstream/123456789/265/1/TANLE_Prozent202003.pdf)

<sup>68</sup> ILO (2010): Decent Employment and the Millennium Development Goals: Description and analysis of a new target, <http://www.ilo.org/legacy/english/bureau/pardev/2010/kilm-5-2007-chap1aen.pdf>

getrieben<sup>69</sup>. Aus Gründen der Abfallbeseitigung und aufgrund der EU-Westafrika-Freihandelsabkommen ist Geflügel aus EU-Ländern sogar ohne Exportsubventionen billiger als lokales Geflügel in Westafrika<sup>70</sup>. Daher ist die Existenzgrundlage der Geflügelbauern und -bäuerinnen in Westafrika trotz der aktuell 2014 angekündigten Abschaffung der EU-Subventionen für den Export von Agrarprodukten nach Afrika, bedroht.

Die Republik Österreich, als Mitträgerin multilateraler Organisationen und vor allem als Mitverantwortliche der EU-Handelspolitik, trägt zu dieser Bedrohung bei. Bedenklich sind weiters die generellen Kürzungen der OEZA-Mittel für Afrika und die sichtbare Tendenz zu Export- und Privatsektorförderung als Strategie der OEZA<sup>71</sup>, wobei Investitionen und Unterstützung im Bereich Bildung und Berufsbildung, sowie ein aktives Entgegenreten ungerechter struktureller Handelspolitiken geeigneter Mittel wären, um Armut zu beseitigen und Fortschritte bei den Millenniumsentwicklungszielen zu erreichen.

Es ist zu begrüßen, dass die OEZA in Burkina Faso Bildungs- und Ausbildungsprojekte für die ländliche Bevölkerung fördert. Bildungsprojekte in Westafrika, die spezifisch auf Frauen fokussieren, haben jedoch innerhalb der OEZA weniger Priorität. Ein Blick auf die von der OEZA unterstützten Bildungsprojekte in Westafrika zeigt laut OECD-CRS-Daten wenig expliziten Gender-Fokus. In Burkina Faso, Schwerpunktland der OEZA, gab es im Zeitraum 2005-2012 nur wenige Projektförderungen mit explizitem Gender-Bezug<sup>72</sup>.

Ohne ausreichende Förderung von Bildung und Berufsbildung in ländlichen Gebieten und gleichzeitige sensible globale Handelspolitik werden sämtliche Maßnahmen gegen prekäre Arbeitsmigration unter Frauen, zu kurz greifen. Denn der beschränkte Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für Frauen aus ländlichen Gebieten sind Hindernisse für gerechte Chancen am Arbeitsmarkt bzw. für den Aufbau eigener unternehmerischer Initiativen<sup>73</sup>.

#### **Empfehlungen zu Landflucht und informellem Sektor:**

- Förderung von Bildung und Berufsbildung von Frauen in ländlichen Gebieten Westafrikas durch die OEZA
- Überdenken der Tendenz zu Export- und Wirtschaftsförderung als Maßnahme der OEZA
- Übernahme von globaler Verantwortung durch die österreichischen Bundesregierung im Bereich Handelspolitik im Sinne entwicklungspolitischer Kohärenz!

---

<sup>69</sup> Germanwatch (2008): Verheerende Fluten – Politische gemacht. EU-Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana. Die Beispiele Hühnchen und Tomaten, [www.germanwatch.org/handel/tomahuhn.htm](http://www.germanwatch.org/handel/tomahuhn.htm)

<sup>70</sup> Brot für die Welt (2014): Exportsubventionen nach Afrika sind nicht abgeschafft!, <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/exportsubventionen-afrika-sind-nicht-abgeschafft>

<sup>71</sup> Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (2014): Trends aus dem ODA Bericht 2012 der Österreichischen Bundesregierung,

[http://www.koo.at/fileadmin/download/2014/Trends\\_ODA\\_Bericht\\_oe.Bundesregierung12.pdf](http://www.koo.at/fileadmin/download/2014/Trends_ODA_Bericht_oe.Bundesregierung12.pdf)

<sup>72</sup> OECD 2014: Creditor Reporting System, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=CRS1>

<sup>73</sup> FAO (2012): Gender Inequalities in Rural Employment in Ghana. An Overview, <http://www.fao.org/docrep/016/ap091e/ap091e00.pdf>

## 2.4. Energiezugang in Westafrika

Der mangelnde Zugang zu Elektrizität stellt für viele Länder eine Herausforderung für nachhaltige Entwicklung dar. Allein in den ECOWAS-Mitgliedsstaaten hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu Strom<sup>74</sup>. In manchen Staaten Westafrikas liegt der Elektrifizierungsgrad noch deutlich niedriger, in Burkina Faso haben nur 39 Prozent der urbanen und 4 Prozent der ruralen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität<sup>75</sup>. Dieses Beispiel zeigt zugleich die gravierenden Ungleichheiten zwischen den städtischen und ländlichen Regionen auf. Aufgrund des Mangels an Elektrizität sind in den ärmsten Ländern bis zu 90 Prozent der Menschen nach wie vor von festen und fossilen Brennstoffen wie Holz, Kohle, Viehdung und Biomasse als Energieträger für den Haushalt abhängig. Dies hat weitreichende gesundheitliche und ökologische Auswirkungen<sup>76</sup>. Das tägliche Sammeln und der Transport von Brennholz stellt eine große physische Belastung für Frauen und Kinder dar, bei der aufgrund der nicht nachhaltigen Nutzung der Ressourcen immer größere Entfernungen zurückgelegt werden müssen. Zugleich geht die hierfür aufgewandte Zeit für bezahlte Tätigkeiten und Bildung verloren. Vor allem Frauen, die in dieser geographischen Region den familiären Haushalt führen, sind den giftigen Emissionen beim Kochen mit diesen Energieträgern auf traditionellen Feuerstellen ausgesetzt. Die daraus resultierenden Erkrankungen und ihre Folgeerscheinungen sind laut Schätzungen mit rund 4 Mio. jährlichen Todesfällen die vierthäufigste Todesursache in der sich entwickelnden Welt. Damit verursacht es vergleichsweise mehr Todesfälle als etwa Malaria und Tuberkulose<sup>77</sup>.

Eine weitere Herausforderung liegt in dem Umstand, dass viele Länder Westafrikas trotz Funde von Öl- und Gasvorkommen in den letzten Jahren im Energiesektor überwiegend von Importen fossiler Brennstoffe und der daran geknüpften Preisvolatilität abhängig sind. Die ärmsten Bevölkerungsschichten, die bis zu einem Drittel ihres Haushaltsbudgets für Energie aufwenden, können die Anstiege der Energiepreise natürlich nur schwer verkraften. In Ghana etwa wurde 2013 der Verbraucherstrompreis um 59 Prozent erhöht, was letztlich wiederum auch zu einem Anstieg aller Konsumgüter geführt hat und die ärmsten Bevölkerungsschichten am stärksten getroffen hat.

Erneuerbare Energien können dazu beitragen, die Exportabhängigkeit der westafrikanischen Ländern merklich zu reduzieren. Alle ExpertInnen sind sich über das enorme und kaum genutzte Potential der Bereiche Wasserkraft, Windenergie, Solarthermie oder Biogas einig. Zu den größten Herausforderungen zählen aber fehlende Kapazitäten, Technologien und die notwendige Finanzierung, diese Ressourcen auch nutzen zu können. Einige Länder haben sich klar zu einer sauberen Energieproduktion bekannt. Kap Verde, das traditionell zu hundert Prozent vom Import fossiler Brennstoffe abhängig war, hat den intensiven Ausbau der Windenergie auch durch Unterstützung Österreichs forciert und den Anteil am

---

<sup>74</sup> ECOWAS Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency (ECREEE) (2011): ECREEE Investment and Business Promotion Activities. Präsentation bei Vienna Stakeholder Meeting, 22.6.2011, [http://www.entwicklung.at/fileadmin/media/Projektbeispiele/2011\\_Energie\\_Sideevent/05\\_ECREEE\\_Investment\\_and\\_Business\\_Promotion\\_Activities.pdf](http://www.entwicklung.at/fileadmin/media/Projektbeispiele/2011_Energie_Sideevent/05_ECREEE_Investment_and_Business_Promotion_Activities.pdf)

<sup>75</sup> International Energy Agency (2013): World Economic Outlook 2013. Electricity Access Database, <http://www.worldenergyoutlook.org/resources/energydevelopment/energyaccessdatabase/>

<sup>76</sup> ADA (o.J.): <http://www.entwicklung.at/themen/energie/>

<sup>77</sup> Global Alliance for Clean Cookstoves (2014): <http://www.cleancookstoves.org/our-work/the-issues/health-impacts.html>

Energieverbrauch bereits auf 25 Prozent steigern können. Bis 2020 soll schließlich der gesamte Energiebedarf durch erneuerbare Energie gedeckt werden.

Da weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass Energiearmut eine wesentliche Hürde für nachhaltige Entwicklung darstellt, wird der Zugang zu sauberer und leistbarer Energie auch häufig als „fehlendes MDG“ bezeichnet<sup>78</sup>. Energie ist eine Querschnittmaterie, die den Erfolg aller acht Millenniumsentwicklungsziele nachhaltig beeinflusst, und deshalb auch wichtiger Bestandteil der Post-MDG-Debatte. In der Themendebatte Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel *“Water, Sanitation and Sustainable Energy in the Post-2015 Development Agenda”* im Februar 2014 wird auf die Ergebnisse der *Open Working Group on Sustainable Development Goals* und dem *Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing* verwiesen, die sich für ein eigenständiges Energieziel aussprechen. Außerdem wird auf die Bedeutung einer Gender-Perspektive bei Fragen des Energiezugangs hingewiesen<sup>79</sup>.

Im aktuellen Dreijahresprogramm der OEZA für den Zeitraum 2013-15 ist Energie als ein Schwerpunktthema festgeschrieben. Die österreichische EZA konzentriert sich dabei laut eigenen Angaben vor allem auf jene Bereiche, in denen die österreichische Wirtschaft komparative Vorteile besitzt: Wasserkraft, moderne Biomasse, Solarthermie und Geothermie<sup>80</sup>. Innerhalb Westafrikas wird seit 2006 die ECOWAS bei der Umsetzung ihrer Energiepolitik unterstützt. Im Juli 2010 wurde das ECOWAS- Zentrum für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Kap Verde eröffnet. Österreich trat hierbei von Anfang an als ein Hauptgeber auf. Die österreichischen Beiträge, die über UNIDO abgewickelt werden, belaufen sich auf 3,8 Mio. Euro für die beiden Projektphasen bis 2016. Laut ADA soll das Energiezentrum dazu dienen, *„durch Politik-Entwicklung, Bildung, Bewusstseinsbildung, Geschäfts- und Investmentförderung möglichst vielen Menschen in Westafrika Zugang zu sauberer und leistbarer Energie ermöglichen.“*<sup>81</sup> In einer ersten Phase wurden hierzu Projektvorschläge zum Thema Erneuerbare Energie aus ganz Westafrika gesammelt, die mit bis zu maximal 50.000 gefördert werden.

Es ist zu begrüßen, dass es mit der Gründung dieses Energiezentrums zu einem klaren Bekennen zu nachhaltiger Energieerzeugung durch die westafrikanischen Staaten mit österreichischer Unterstützung gekommen ist. Es gibt auch schon konkrete Überlegungen, ähnliche Zentren in anderen geographischen Regionen Afrikas aufzubauen. Es wird daher sehr wichtig sein, Frauen an dieser Transformation hin zu erneuerbarer Energie mit einzubeziehen, Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen, ihnen Teilnahme zuzuerkennen und auch weibliches Unternehmertum zu fördern<sup>82</sup>. Zukünftige Interventionen dürfen genderbedingte strukturelle Ungleichheiten wie den mangelnden Zugang und die Kontrolle an Ressourcen wie Land, Kredite,

---

<sup>78</sup> ENERGIA (2011): *Mainstreaming Gender in Energy Projects. A Practical Handbook*, [http://www.energia.org/fileadmin/files/media/DropBox/Module1/Mainstreaming\\_gender\\_in\\_energy\\_projects\\_A\\_practical\\_Hand\\_book.pdf](http://www.energia.org/fileadmin/files/media/DropBox/Module1/Mainstreaming_gender_in_energy_projects_A_practical_Hand_book.pdf), S.1

<sup>79</sup> Präsident der VN Generalversammlung (2014): *Summary. Key messages that emerged from the General Assembly Thematic Debate on Water, Sanitation and Sustainable Energy in the Post 2015 Development Agenda*, <http://www.un.org/en/ga/president/68/settingthestage/1wsse.shtml>

<sup>80</sup> BmEIA (2009): *Energie für nachhaltige Entwicklung. Leitlinien der österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL\\_Energie\\_Juni2009.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL_Energie_Juni2009.pdf)

<sup>81</sup> ADA (o.J.): <http://www.entwicklung.at/themen/energie/chancen-und-potenziale-nutzen/kap-verde-volle-windkraft-voraus/>

<sup>82</sup> Vilar, David (2012): *Renewable energy in West Africa. Status, Experiences and Trends*, [http://www.ecreee.org/sites/default/files/renewable\\_energy\\_in\\_west\\_africa\\_0.pdf](http://www.ecreee.org/sites/default/files/renewable_energy_in_west_africa_0.pdf), S. 114

Einkommen und Bildung nicht außer Acht lassen. Andernfalls laufen Initiativen Gefahr, Frauen von den Vorteilen auszuschließen<sup>83</sup> (Vilar 2012).

Laut dem CRS-Berichtssystem der OECD wird in der OEZA-ECREEE-Kooperation Gendermainstreaming beachtet<sup>84</sup>. Im operativen ECREEE Business Plan wird zwar auf die besondere Bedeutung von Gender im Energiesektor hingewiesen, leider wurde es aber verabsäumt, hierfür ein eigenständiges genderspezifisches Ziel zu formulieren. Unter den Projektzielen und Indikatoren werden lediglich Quotenziele formuliert, dass bis 2016 die Hälfte des Vorstands und mindestens 20 Prozent der ausgebildeten TechnikerInnen Frauen sein müssen<sup>85</sup>. Dieses Jahr wurde von ECREEE eine Genderinitiative gestartet, bei der auch mit dem *International Network on Gender and Sustainable Energy* (Energia) zusammengearbeitet wird, das seit Jahren in diesem Bereich in Westafrika tätig ist. ECOWAS kündigte außerdem vor wenigen Wochen gendersensible Gesetze in den nationalen erneuerbaren Energie-Politiken der Mitgliedstaaten an<sup>86</sup>.

### **Empfehlungen für Gendersensibilität beim Energiezugang in Westafrika:**

- Aufgreifen und Nutzen der von ECREEE gestartete Genderinitiative, um engagierte genderspezifische Ziele in die nächste OEZA-Projektperioden einfließen zu lassen:
- Unterstützung von Maßnahmen, damit angesichts steigender Energiepreise das neu geschaffene Potential an Energieressourcen auch leistbar und zugänglich für die armen Bevölkerungsschichten ist, die besonders unter Energiearmut leiden,

Energieprojekte können nur dann nachhaltig sein und ihr volles Potential ausschöpfen, wenn sie auch die konkreten Lebensverhältnisse von Frauen, die konkret Energie für den Haushalt verwenden, und den vorhandenen strukturellen Ungleichheiten Rechnung tragen. Durch eine starre Fokussierung auf Geschäfts- und Investmentförderung besteht die Gefahr, an den Interessen von Frauen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen vorbeizuhandeln.

## **2.5. Gender und Klimawandel**

Generell wirkt sich der Klimawandel negativ auf die Gleichstellung der Geschlechter aus. Bestehende geschlechtsspezifische Unterschiede wie die ungleiche Verteilung der Beteiligungschancen und Entscheidungsmacht über Ressourcenverteilung und -verbrauch wirken sich im Kontext des Klimawandels besonders negativ aus. Frauen sind unverhältnismäßig häufig Opfer von Umweltveränderungen und Katastrophen, die mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehen, ihnen stehen weniger Mittel für Maßnahmen zur Abfederung von negativen Folgen zur Verfügung, und sie sind zudem oft unzureichend in klimapolitische Entscheidungen eingebunden. In der momentanen politischen Diskussion, wie z.B. zu „Green Economy“ werden Gender-Faktoren gänzlich ausgespart.

<sup>83</sup> Vilar, David (2012): Renewable energy in West Africa. Status, Experiences and Trends, [http://www.ecreee.org/sites/default/files/renewable\\_energy\\_in\\_west\\_africa\\_0.pdf](http://www.ecreee.org/sites/default/files/renewable_energy_in_west_africa_0.pdf), S. 114

<sup>84</sup> OECD (2014): Creditor Reporting System, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=CRS1>

<sup>85</sup> ECREEE (2012): The ECREEE Business Plan 2011-2016. Final Version, <http://www.ecreee.org/page/business-plan-0>

<sup>86</sup> ECREEE (2014): ECREEE Newsletter Volume 8, <http://www.ecreee.org/news/ecreee-8th-newsletter-released>



Im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele sind für die Thematik „Gender und Klimawandel“ neben dem MDG 3 (Förderung von Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen) zwei weitere Ziele thematisch relevant: MDG 7 und MDG 8. Zur ökologischen Nachhaltigkeit (MDG 7) ist breiter Konsens: *„Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung müssen in die nationale Politik übernommen werden, denn traditionelle Energieproduktionen, deren Verteilung und Verbrauch verursachen verschiedenste negative Auswirkungen auf die lokale/regionale und globale Umwelt“*.<sup>87</sup> In Bezug auf MDG 8 (Globale Partnerschaft für Entwicklung) wird im Strategischen Leitfaden Umwelt & Entwicklung der österreichischen Entwicklungspolitik festgehalten: *„Viele Umweltprobleme wie Klimawandel (...) sind globale Probleme und können nur in Partnerschaft und internationaler Zusammenarbeit angegangen werden.“*<sup>88</sup>

Als internationaler Prozess, parallel zum MDG-Realisierungsprozess, finden auf UN-Ebene jährlich Klimagipfel im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) statt. Seit 2000 werden die Umsetzungsphasen des Kyoto-Protokolls und die Rahmenbedingungen für ein eventuelles Post-Kyoto-Abkommen verhandelt. Weder die Rahmenkonvention noch das Kyoto-Protokoll oder Reduktionsmechanismen adressieren Gender-Implikationen des Klimawandels oder den möglichen differenzierten Beitrag von Frauen und Männern zur Bewältigung der globalen Klimakrise.

Für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit und -politik wurde 2013 wurde ein OEZA-Fokuspapier zu Klimawandel erstellt. Auf der Internetseite der OEZA wird besonders der „Climate Change Vulnerability Index“ laut Maplecroft thematisiert<sup>89</sup>, der aufgrund verschiedenster Faktoren das Risikoausmaß von Schädigungen durch Klimawandel für ein Land abschätzt. Gender-Implikationen werden darin nicht explizit erwähnt. 2010 wurde die OEZA-Leitlinie „Gleichstellung der Geschlechter und Empowerment von Frauen“ in überarbeiteter Fassung neu aufgelegt. Hier findet sich im Abschnitt Kernbereiche-Möglichkeiten/Opportunities eine Erwähnung zum Zugang zu Ressourcen.<sup>90</sup> Der Strategische Leitfaden Umwelt und Entwicklung (2009), federführend vom BMeiA und BMLFUW erstellt, findet die möglichst *„breite Partizipation von wichtigen NichtregierungsakteurInnen, (...) und Frauenrechtsgruppen, sowie die Stärkung (...) sowie Sicherung der breiten Beteiligung (...) von Frauen“*<sup>91</sup> im Kapitel „Herausforderungen für die EZA: Thematische Handlungsfelder und Ziele-Umsetzungsstrategie und Ansatzpunkte“ Erwähnung.

Projekte der OEZA zeigen, wie Ansätze mit Klimafokus gendersensibel gestaltet werden können. Das Projektbeispiel „Nationale Anpassung Moldau“ zeigt, dass Anpassung in prioritären Sektorpolitiken bzw. die Erstellung von solchen Plänen für Sektoren im Rahmen eines umfassenden partizipativen Planungsprozesses erzielt werden konnten. Institutionelle Rahmen für mittel- bis langfristige nationale Anpassungspläne an den Klimawandel mit Genderindikatoren wurden geschaffen.

<sup>87</sup> Internationales Zentrum Wien (2008): Millenniums-Entwicklungsziel 7. Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten, [http://www.unis.unvienna.org/pdf/MDG\\_2008\\_fact\\_sheet\\_7\\_de.pdf](http://www.unis.unvienna.org/pdf/MDG_2008_fact_sheet_7_de.pdf)

<sup>88</sup> BMEIA (2009): Strategischer Leitfaden, Umwelt & Entwicklung, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Strategie\\_Umwelt\\_Sept2009.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Strategie_Umwelt_Sept2009.pdf), S. 15

<sup>89</sup> ADA (o.J.): <http://www.entwicklung.at/themen/umwelt-und-natuerliche-ressourcen/>

<sup>90</sup> ADA (2009): Fokus: Gleichstellung der Geschlechter und Empowerment von Frauen, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus\\_Genderpolitik\\_Okt2009\\_01.PDF](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus_Genderpolitik_Okt2009_01.PDF), S. 4

<sup>91</sup> BMEIA (2009): Strategischer Leitfaden, Umwelt & Entwicklung, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Strategie\\_Umwelt\\_Sept2009.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Strategie_Umwelt_Sept2009.pdf), S. 29

Das „Adaption Learning Programm for Africa“ (ALP)<sup>92</sup> wird u.a. von CARE und der OEZA seit 2010 mit besonderem Gender-Equality-Fokus in Afrika, schwerpunktmäßig in Ghana, Nigeria, Mosambik und Kenya, durchgeführt. ALP wird in Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und Regierungsstellen in 40 Gemeinden umgesetzt und erreicht insgesamt 59.000 Menschen. Das Programm zielt darauf ab, die Kapazitäten besonders gefährdeter Haushalte für Anpassung zu stärken. Es wurden innovative Zugänge zu Community Based Adaption (CBA) als Modelle für zukünftige Interventionen angegangen. Lokale Organisationen – besonders Frauengruppen – wurden gestärkt und zur Mitsprache in Entscheidungsprozessen zu Anpassung motiviert. Nationale, regionale und internationale Anpassungsprozesse und -pläne konnten somit beeinflusst werden.

### **Empfehlungen für eine gendersensible Klimapolitik in der EZA:**

- Gendersensible Kriterien für alle Klimafinanzierungsinstrumente (Stichwort „Gender Vulnerability Index“)
- Förderung von Maßnahmen zum Walderhalt
- Einbindung von Frauen in alle klimapolitisch relevanten Entscheidungen
- Anpassungs- und Klimaschutzstrategien müssen fundamentale Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung unterstützen
- Empirische Datenerhebung, um die geschlechtsspezifischen Unterschiede von Klimafolgen, Anpassungsfähigkeiten und die positiven Effekte von Gender-Anpassungsplänen zu zeigen.

## **2.6. Frauengesundheit in Äthiopien**

Als fünftes Millenniumsentwicklungsziel (MDG 5) wurde die Senkung der Müttersterblichkeit um 75 Prozent bis 2015 vereinbart. 99 Prozent der Todesfälle ereignen sich in sogenannten Entwicklungsländern. Davon ist vor allem die Region Sub-Sahara mit 162.000 Fällen von Müttersterblichkeit<sup>93</sup> jährlich am stärksten betroffen.

So ist auch in Äthiopien die Verringerung der hohen Müttersterblichkeit - 420 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten in 2010 - eine der größten Herausforderungen für das Gesundheitswesen des Landes. Jedes Jahr sterben 14.000 Frauen und Mädchen an den Folgen von Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt, und mehrere Hunderttausend leiden an schwangerschaftsbedingten Behinderungen (wie Fistula). Die Bevölkerung wächst mit einer Rate von zwei Millionen Menschen pro Jahr und das Gesundheitssystem gerät zunehmend unter Druck. Im Gegensatz zu der national empfohlenen Mindestzahl von 591 stehen Frauen und Mädchen landesweit nur 25 Einrichtungen zur Verfügung, die grundlegende Geburtshilfe und Neugeborenennotfallversorgung anbieten. Des Weiteren können nur 58 statt den empfohlenen mindestens 148 benötigten Einrichtungen Kaiserschnitte und Bluttransfusionen durchführen. Die Einrichtungen in Äthiopien decken nur

<sup>92</sup> CARE (2010): Lernprogramm Anpassung an den Klimawandel, [http://www.entwicklung.at/zahlen-daten-und-fakten/projektliste/?tx\\_sysfirecdlist\\_pi1\[showUId\]=230&cHash=63d347246fe8499bf806a283ddb0e5dc](http://www.entwicklung.at/zahlen-daten-und-fakten/projektliste/?tx_sysfirecdlist_pi1[showUId]=230&cHash=63d347246fe8499bf806a283ddb0e5dc)

<sup>93</sup> World Health Organization, UNICEF, UNFPA and The World Bank (2012): Trends in Maternal Mortality: 1990 to 2010, <http://www.who.int/reproductivehealth/publications/monitoring/9789241503631/en/>, S. 19

drei Prozent des geschätzten Betreuungsbedarfs von Müttern ab.<sup>94</sup> Daher müssen noch viele Ressourcen gebündelt werden um Müttersterblichkeit in Äthiopien zu verringern.

Seit 1993 ist Äthiopien eines von zwei OEZA-Schwerpunktländern in der Region Ostafrika, mit einem österreichischen Koordinationsbüro in der Hauptstadt Addis Abeba seit 1996. Äthiopien hat zwischen 2006 und 2008 jährlich um die 5 Millionen Euro an Entwicklungshilfe aus Österreich bekommen. Neben den Schwerpunktbereichen Gesundheit sowie ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung hat Österreich Projekte in den Bereichen Gender, gute Regierungsführung und Energie gefördert. Das von der äthiopischen Regierung initiierte Entwicklungsprogramm für den Gesundheitssektor (Health Sector Development Program, HSDP) wurde gemeinsam mit anderen Geberländern unter Federführung der Weltbank geplant und durchgeführt. Die Prävention von Krankheiten wie Malaria und HIV/AIDS sowie Aufklärungskampagnen zum Thema Beschneidung von Frauen und Mädchen waren wichtige Schwerpunkte.<sup>95</sup>

Laut der neuen OEZA-Länderstrategie für Äthiopien scheint dieses Engagement geringer zu werden. Zwar wird noch auf die Unterstützung von Basisgesundheitsdiensten auf lokaler Ebene und „Gender“ als Querschnittsmaterie referenziert; auf die Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit (durchaus als Teil von Basisgesundheit) jedoch findet sich kein expliziter Hinweis.<sup>96</sup> Auch ist „Gesundheit“ laut Dreijahresprogramm 2013-2015 (außer für die Palästinensischen Gebiete) kein ausdrücklicher Schwerpunkt der OEZA.<sup>97</sup>

Vor diesem Hintergrund kommt in diesem Bereich der Beitrag Österreichs an multilaterale Organisationen eine wichtige Rolle zu; in Bezug auf Frauengesundheit insbesondere dem UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA).

UNFPA wird ausschließlich durch freiwillige Beiträge der Mitgliedsländer, zwischenstaatlichen Organisationen, Privatsektor und Stiftungen und Privatpersonen unterstützt und bezieht keine Gelder aus dem UN-Haushalt.<sup>98</sup> Um die Umsetzung von MDG 5 in einigen der ärmsten Länder der Welt zu beschleunigen, startete UNFPA 2008 den thematischen Trust-Fonds „Müttergesundheit“. 30 Länder wurden durch den Trust Fund unterstützt, eines davon ist Äthiopien.

2004 betrug Österreichs Beitrag für UNFPA 670.000 Euro<sup>99</sup>. Zudem zahlte Österreich 180.000 Euro zweckgewidmet in das UNFPA-Fistula-Programm für Äthiopien<sup>100</sup>. 2006 wurde der österreichische Kernbeitrag an UNFPA auf 700.000 Euro<sup>101</sup> und der zweckgewidmete Beitrag für

<sup>94</sup> UNFPA (o.J): <http://www.unfpa.org/public/mothers/pid/4387>

<sup>95</sup> OEZA (o.J): <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/aethiopien/>

<sup>96</sup> Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (2014): Äthiopien.

Landesstrategie 2014–2016, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/LS\\_Aethiopien\\_2014-2016.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/LS_Aethiopien_2014-2016.pdf)

<sup>97</sup> Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (2012): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013–2015, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP\\_2013-2015\\_01.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2013-2015_01.pdf)

<sup>98</sup> UNFPA (o.J): <http://www.unfpa.org/public/home/about/faqs#funds>

<sup>99</sup> OEZA (o.J): Bericht 2004, Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen, Teil 2, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza\\_bericht\\_teil\\_2\\_2004\\_2005.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza_bericht_teil_2_2004_2005.pdf), S. 13

<sup>100</sup> OEZA (o.J): Bericht 2004, Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen, Teil 2 [http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza\\_bericht\\_teil\\_2\\_2004\\_2005.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza_bericht_teil_2_2004_2005.pdf), S. 14

<sup>101</sup> OEZA (o.J): Bericht 2006, Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen, Teil 2 [http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza\\_bericht\\_teil\\_2\\_2006.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza_bericht_teil_2_2006.pdf), S. 11

das UNFPA-Fistula-Programm für Äthiopien auf 200.000 Euro<sup>102</sup> angehoben. 2008 investiert Österreich insgesamt eine Summe von 1,92 Millionen Euro in den UNFPA-Fonds und zweckgewidmete Projekte von UNFPA, darunter 100.000 für UNFPA-Projekte in Afrika südlich der Sahara<sup>103</sup> zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung.

Während der Kernbeitrag von Österreich an UNFPA im Jahr 2010 noch 1,3 Millionen Euro betrug<sup>104</sup>, so kürzte Österreich 2011 diesen Beitrag um mehr als die Hälfte auf 600.000 Euro.<sup>105</sup> Auch der thematische Trust Fund „Müttergesundheits“ wurde um 100.000 Euro gekürzt.<sup>106</sup> 2012 stellte Österreich seine Zahlungen an UNFPA praktisch gänzlich ein. Es wurden keine Gelder mehr für den UNFPA-Kernbeitrag zur Verfügung gestellt, und der thematische Trust-Fonds „Müttergesundheits“ wurde auf 60.000 Euro herunter gekürzt<sup>107</sup>.

Das European Parliamentary Forum on Population and Development<sup>108</sup> (EPF) veröffentlicht jährlich das sogenannte „Euromapping“ bei dem die Beiträge der Mitgliedsländer für Entwicklungszusammenarbeit speziell im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit miteinander verglichen werden. In diesem Ranking erreicht Österreich derzeit nur sehr schlechte Werte: 2013 waren das Platz 15 von 23 im Bereich Familienplanung, Platz 21 von 23 im Bereich reproduktiver Gesundheit, Platz 22 von 23 im Bereich sexuell übertragbare Krankheiten/HIV/AIDS. Damit landete Österreich insgesamt mit Platz 22 von 23 auf dem vorletzten Platz.<sup>109</sup>

### **Empfehlungen zu Frauengesundheit und OEZA:**

- Erhöhung des österreichischen Kernbeitrags für UNFPA zumindestens auf den Stand von 2010.
- Unterstützung der Verankerung von sexuellen und reproduktiven Rechte als fixer Teil des neuen Entwicklungsrahmens Post-2015
- Klarer österreichischer Beitrag dazu, dass zukünftig jedes Kind gewollt und jede Schwangerschaft sicher ist.

<sup>102</sup> OEZA (o.J): Bericht 2006, Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen, S. 2  
[http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza\\_bericht\\_teil\\_2\\_2006.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza_bericht_teil_2_2006.pdf), S. 12

<sup>103</sup> Afrika südlich der Sahara, UNFPA: Beitrag zum Thematic Trust Fund „Maternal Health“ 400.000 (ODA Bericht 2008, Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen Österreichs, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2008\\_04.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2008_04.pdf), S. 12) / Afrika südlich der Sahara, UNFPA: Beitrag zum Joint Programme UNICEF/UNFPA zur Beendigung von FGM in Afrika südlich der Sahara 100.000 (ODA Bericht 2008, Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen Österreichs, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2008\\_04.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2008_04.pdf), S. 12)

<sup>104</sup> ODA (2010): Bericht 2010, Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen Österreichs, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2009\\_Web\\_02.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2009_Web_02.pdf), S. 35

<sup>105</sup> OEZA (2012): ODA Bericht 2011, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2011.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2011.pdf), S. 33

<sup>106</sup> OEZA (2012): ODA Bericht 2011, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2011.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2011.pdf), S. 34

<sup>107</sup> OEZA (2014): ODA Bericht 2012, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2012\\_01.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2012_01.pdf), S. 39

<sup>108</sup> EPF (2014): <http://www.epfweb.org/>

<sup>109</sup> EPF (2012): Mapping European Development Aid&Population Assistance, Euromapping 2013, S. 45

## 2.7. Geschlechtsbezogene Gewalt in Nicaragua

Geschlechtsbezogene Gewalt betrifft vor allem Frauen. 2013 wurden in Nicaragua 73 Frauen Opfer von Feminiziden<sup>110</sup>. Mehr als die Hälfte von ihnen wurde zu Hause getötet.<sup>111</sup> Im Juni 2012 trat in Nicaragua das Gesetz 779 zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen in Kraft, das erstmals alle Formen von Gewalt gegen Frauen, auch Feminizide unter Strafe stellt. Dieses Gesetz konnte auf Druck von Frauenorganisationen durchgesetzt werden, die sich bereits seit den 90er Jahren stark gegen Gewalt an Frauen engagieren. Das Gewaltschutzgesetz ist zukunftsweisend, muss aber gegen KritikerInnen verteidigt werden, und es krankt an seiner Umsetzung. 2013 sind die Anzeigen wegen sexueller Gewalt gestiegen (in diesem Jahr wurden Nicaragua insgesamt 1.484 Anzeigen wegen Gewalt an Frauen erstattet), jedoch dürfen ungewollte Schwangerschaften weiterhin nicht abgebrochen werden.<sup>112</sup> In Nicaragua gilt seit 2008 ein striktes Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, Ausnahmen werden keine gemacht. Das Land hat die höchste Rate an Teenagerschwangerschaften in ganz Lateinamerika.<sup>113</sup> Um MDG 3 – Gleichstellung der Geschlechter – zu erreichen, müssten alle Formen von geschlechtsbezogener Gewalt beseitigt werden. Gewalt gegen Frauen stehe der Erreichung aller Millenniumentwicklungsziele im Wege, so die Vereinten Nationen.<sup>114</sup> Ein Ziel der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist die Geschlechtergleichstellung und das Empowerment von Frauen. Die OEZA zählt zu den Kernbereichen ihrer Genderpolitik die „Beseitigung von (sexueller) Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen“. Gewalt an Frauen wird im Fokuspapier „Geschlechtergleichstellung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen“ aus dem Jahr 2009 thematisiert.<sup>115</sup>

Nicaragua war von 1992 bis 2013 ein Schwerpunktland der OEZA. Mit dem Jahr 2013 wurde die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und Nicaragua beendet. 89 Prozent der OEZA-Gelder für Nicaragua kamen 2009 gendersensiblen Projekten zugute (7 Mio. US\$), womit das Land Spitzenreiter bei der Frauenförderung war.<sup>116</sup> Der Rückzug der OEZA aus Nicaragua betraf in der Folge vorwiegend Projekte mit Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit. Nur punktuell – und mit stark erhöhtem Eigenmittelanteil (von 15 auf 50 Prozent) – werden derzeit noch Projekte zur Stärkung von Frauenrechten durch die OEZA gefördert.<sup>117</sup>

WIDE fordert eine Einbeziehung von NGOs als PartnerInnen der OEZA in strategische Entscheidungen wie dem Rückzug aus einem OEZA-Schwerpunktland. Begrüßenswert ist, dass

<sup>110</sup> Feminizide sind Morde an Frauen und Mädchen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit (weiterführender Link: <http://www.stopvaw.org/femicide>)

<sup>111</sup> Red de Mujeres Contra la Violencia (2014): Informe Annual de Femicidio 2013, [http://www.reddemujerescontralaviolencia.org.ni/web/mcv/wp-content/uploads/file/Informe\\_Prozent20Annual\\_Prozent20de\\_Prozent20Femicidio\\_Prozent20RMCV\\_Prozent202013rmcv.pdf](http://www.reddemujerescontralaviolencia.org.ni/web/mcv/wp-content/uploads/file/Informe_Prozent20Annual_Prozent20de_Prozent20Femicidio_Prozent20RMCV_Prozent202013rmcv.pdf)

<sup>112</sup> 2013 sind in Nicaragua insgesamt 1.484 Anzeigen wegen Gewalt an Frauen eingegangen. Quelle: Grupo Venancia (2014): Informe anual del observatorio de violencia hacia las mujeres en el departamento de Matagalpa, <http://grupovenancia.org/wp-content/uploads/2014/04/Informe-anual-2013-Obs-Violencia1.pdf>

<sup>113</sup> CAWN (2012): Maternal health, reproductive rights and the criminalisation of abortion, [http://www.cawn.org/assets/Maternal\\_Prozent20Health\\_Prozent20paper\\_final.pdf](http://www.cawn.org/assets/Maternal_Prozent20Health_Prozent20paper_final.pdf)

<sup>114</sup> UN (o.J): <http://www.un.org/millenniumgoals/gender.shtml>

<sup>115</sup> OEZA (2010): Leitlinien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit: Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL\\_Gender\\_Mar2010\\_02.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL_Gender_Mar2010_02.pdf)

OEZA (2009): Fokus: Gleichstellung der Geschlechter und Empowerment von Frauen, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus\\_Genderpolitik\\_Okt2009\\_01.PDF](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus_Genderpolitik_Okt2009_01.PDF)

<sup>116</sup> WIDE (2012): Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit - Fact Sheet, <http://www.wide-netzwerk.at/images/publikationen/2012/wide-fact-sheet-frauen-in-der-eza.pdf>

<sup>117</sup> So z.B. das von MIRIAM durchgeführte Projekt zur Gewaltprävention und Betreuung von Opfern von innerfamiliärer und sexueller Gewalt, <http://www.entwicklung.at/aktuelles/ein-recht-auf-ein-leben-ohne-gewalt/>, oder das Projekt „Anerkennung und Verteidigung der Rechte der Frauen in RAAN und Ciudad Sandino“ / HORIZONT3000, [http://www.horizont3000.at/index.php?m=50&l=de&landsuche=nica&karte\\_ausschnitt=std](http://www.horizont3000.at/index.php?m=50&l=de&landsuche=nica&karte_ausschnitt=std).

weiterhin Projekte unterstützen werden, die zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen beitragen, auch wenn diese nicht in einem OEZA-Schwerpunktland angesiedelt sind. Allerdings sollte der erforderliche Eigenmittelanteil für NGOs deutlich reduziert werden.

### **Empfehlungen zu geschlechtsbezogener Gewalt:**

- Verstärkte Förderung von Projektvorhaben, die zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen beitragen, auch wenn diese in keinem OEZA-Schwerpunktland angesiedelt sind
- Vermehrte Unterstützung von Frauenorganisationen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und gegen Gewalt gegen Frauen einsetzen
- Fehlende sexuelle und reproduktive Rechte als Form von Gewalt gegen Frauen in die Leitlinien der OEZA und ins Fokuspapier mit einbeziehen
- Budgetkürzungen sollten keine Projekte mit Fokus auf Gewalt gegen Frauen betreffen

## **2.8. Empowerment-Ansätze in Bhutan und Nepal**

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) unterstützt Bhutan als eines ihrer Schwerpunktländer. Seit Ende der 70iger Jahre wurde eng mit der bhutanischen Regierung zusammengearbeitet, und 1994 eröffnete Österreich in der Hauptstadt Thimphu ein Kooperationsbüro. Die zentralen Punkte der OEZA-Programme befassen sich mit Tourismus, Governance und Energie. Weitere Kooperationsbereiche umfassen Menschenrechte, Umwelt, Kapazitätenbildung und der Gleichstellung der Frau. Zwischen 1994 und 2010 belief sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit insgesamt auf 67,26 Millionen Euro<sup>118</sup>.

Obwohl das österreichische Außenministerium „Gleichstellung der Frau“ als einen ihrer Kooperationsbereiche in Bhutan hervorhebt, ist als einzige Tätigkeit im Bereich Gender die Unterstützung lokaler Führungspersonen durch Gender-Mainstreaming-Trainings angeführt. Auch im „Bhutan Country Strategy Paper 2010-2013“ des Außenministeriums wird betont, dass auf allen Ebenen der geplanten Projekte Gender-Aspekte identifiziert und berücksichtigt werden sollen, inklusive der Leistungs- und Ergebnisindikatoren. Auch sollte ein Hauptaugenmerk auf die Erleichterung der Beteiligung von Frauen an den Projekten sowie das Einbinden von Frauenorganisationen auf allen Ebenen gelegt werden<sup>119</sup>.

Die Analyse der CRS-Daten (Creditor Reporting System) von 2012 ergab, dass für fünf der sieben durch die OEZA finanzierten Projekte Geschlechtergleichstellung als signifikantes sekundäres Ziel ausgewiesen war. Jedoch war kein einziges Projekt spezifisch auf die Gleichstellung von Frauen ausgerichtet. In den vier Jahren davor (2011-2008) war für keines der insgesamt 25 Projekte in Bhutan Gender als explizites Hauptziel ausgewiesen, und nur für neun Gender als wichtiges Nebenziel. Auch der leichte Anstieg der ODA-Mittel (Zusagen laut OECD/DAC/CRS-System) von 2012 (3,258 Mill. USD) im Gegensatz zum Jahre 2011 (3,204 Mill USD) kann nicht über die fallende Tendenz hinwegtäuschen, da diese Mittel 2009 noch 6,088 Millionen USD ausmachten, jedoch 2010 nur mehr 0,115 Millionen USD betragen<sup>120</sup>. Auch die ausgezahlten

<sup>118</sup> BMEIA (2014): <http://www.bmeia.gv.at/botschaft/new-delhi/bilaterale-beziehungen-mit/bhutan.html>

<sup>119</sup> BMEIA (2010): Bhutan Country Strategy Paper 2010-2013, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/CS\\_Bhutan\\_2010-2013\\_July2011.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/CS_Bhutan_2010-2013_July2011.pdf)

<sup>120</sup> OECD (2014): Creditor Reporting System, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=CRS1>

bilateralen OEZA-Mittel der ADA für Bhutan fielen von 3,27 Millionen Euro (2010) auf 2,47 Millionen (2012), somit gingen 3,73 Prozent im Jahr 2012 an Bhutan<sup>121</sup>.

Eine ähnliche Situation im Hinblick auf Gender-Mainstreaming in den Projekten der OEZA lässt sich auch in Nepal beobachten.

Ab Anfang der 90er Jahre unterstützte die OEZA auch Nepal als eines ihrer Schwerpunktländer. Im Speziellen wurden Projekte im Bereich Armutsbekämpfung, Tourismusedwicklung und ländliche Entwicklung gefördert. Nach Ende des BürgerInnenkriegs 2006 wurden das österreichische Engagement jedoch zum größten Teil eingestellt<sup>122</sup>.

Die Analyse der CRS-Daten über die von der OEZA unterstützten Projekte des Jahres 2012 im Bezug auf Gender in Nepal ergaben, dass von den insgesamt dreizehn Projekten nur drei Projekte mit dem Code 1 (Geschlechtergleichstellung als signifikantes sekundäres Ziel) gekennzeichnet waren. Allerdings war keines der dreizehn Projekte mit Code 2 versehen, durch welchen genderspezifische Hauptziele ausgewiesen werden.

Die Tatsache, dass ein großer Teil von der OEZA durchgeführten oder finanzierten Projekte hauptsächlich medizinische, infrastrukturelle und bildungsbezogene Ziele ohne Gender-Bezug beinhaltete, wirft die Frage auf, warum diese nicht mit gendersensiblen Inhalten kombiniert wurden, was in diesen Bereichen sicher zu lösen gewesen wäre. In den Jahren 2008-2011 hatten von insgesamt 52 Projekten nur vier Gender-Nebenziele und sieben Gender-Hauptziele. Zusätzlich sind die Gelder der OEZA von 2 Millionen US-Dollar im Jahr 2008 auf 0,772 Millionen im Jahr 2012 geschrumpft<sup>123</sup>. Aus dem ODA-Bericht 2012 geht hervor, dass insgesamt nur 0,77 Prozent aller bilateralen ADA/OEZA-Mittel für Projekte in Nepal verwendet wurden<sup>124</sup>.

Das Dreijahresprogramm der Austrian Development Agency (ADA) von 2013-2015 beinhaltet interessante Selbstverpflichtungen der OEZA bezüglich Gender-Mainstreaming, vor allem wenn der erst 2006 beendete, mehr als zehn Jahre dauernde BürgerInnenkrieg bedacht wird. Denn laut ADA gehören „[...] *Konflikt- und Postkonfliktsituationen [...] die Stärkung der Rolle von Frauen und ihre Beteiligung an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen, Geschlechtergleichstellung, die Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Gender Budgeting zu unseren zentralen Anliegen (Umsetzung der VN-Sicherheitsrats-Resolution 1325, Nationaler Aktionsplan).*“ (ADA 2012:31)<sup>125</sup>

2011 veröffentlichte die ADA das Paper „Fokus: Frauen, Gender und bewaffnete Konflikte“ in dem sie betont, dass „*In der Nachkonfliktphase [...] Frauen sowohl im Lauf des Friedensprozesses als auch in der Rehabilitations- und Reintegrationsphase eine besonders wichtige Rolle*“ spielen (ADA 2011: 3)<sup>126</sup> Die „National Commission on Women“ führte während des BürgerInnenkriegs in Nepal im Jahr 2003 eine Untersuchung durch, die ergab, dass ca. 40 Prozent der KämpferInnen in der maoistischen „Peoples´ Liberation Army“ (PLA) Frauen waren<sup>127</sup>. Diese

<sup>121</sup> BMEIA (2014): ODA-Bericht 2012, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2012.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2012.pdf), S. 44

<sup>122</sup> BMEIA (2014): <http://www.bmeia.gv.at/botschaft/new-delhi/bilaterale-beziehungen-mit/nepal.html>

<sup>123</sup> OECD (2014): Creditor Reporting System, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=CRS1>

<sup>124</sup> BMEIA (2014): ODA-Bericht 2012, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2012.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2012.pdf), S. 44

<sup>125</sup> ADA (2012): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013-2015, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP\\_2013-2015\\_01.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2013-2015_01.pdf)

<sup>126</sup> ADA (2011): Fokus: Frauen, Gender und bewaffnete Konflikte, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus\\_Gender\\_und\\_Konflikt\\_Jaen2011.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus_Gender_und_Konflikt_Jaen2011.pdf)

<sup>127</sup> UNFPA (2007): Gender Equality and Empowerment of Women in Nepal, [http://un.org.np/sites/default/files/report/tid\\_67/2009-03-17-Gender-equality.pdf](http://un.org.np/sites/default/files/report/tid_67/2009-03-17-Gender-equality.pdf), S. 70

außergewöhnlich hohe Zahl an Frauen in der Guerillabewegung macht deutlich, wie wichtig auch eine gendersensible Aufarbeitung des Konflikts gewesen wäre. Zwar unterstützte CARE (2010-2012)<sup>128</sup> mit Ko-Finanzierung durch die OEZA Opfer von Gewalt in Nepal<sup>129</sup>, trotzdem beendete die OEZA genau nach Ende des BürgerInnenkriegs die Zusammenarbeit mit Nepal als Schwerpunktland. Auch derzeit herrscht immer noch Chaos in Nepal, die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung wird seit Jahren verschoben, Streiks und steigende Korruption prägen die politische Landschaft. Es stellt sich die Frage, warum die OEZA in den wenigen Projekten, die in Nepal noch finanziert werden, nicht konsequenter auf ihren eigenen Grundsätzen aufbaut und ihre Zielsetzungen geschlechter-sensibler gestaltet. Fragile Staaten stellen zwar ein schwieriges Arbeitsumfeld für die EZA dar, jedoch sind Staaten in Konflikten und Post-Konflikt-Situationen besonders stark von Armut betroffen, sodass gerade hier die Bevölkerung Unterstützung für den (Wieder-)Aufbau von Infrastruktur, von demokratischen Institutionen und den Kampf gegen Gewalt benötigt. Zudem stellen Post-Konflikt-Situationen eine strategische Chance zur Ergreifung rechtlicher und politischer Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen dar.<sup>130</sup>

### **Empfehlungen für Empowerment-Ansätze in Bhutan und Nepal:**

- Gender-Mainstreaming aller laufenden und geplanten OEZA-Projekten in Nepal und Bhutan auf allen Ebenen.
- Generelle Erhöhung des OEZA-Budgets für die Himalaya-Region, sowie die Planung und Durchführung spezifischer Projekte in Nepal und Bhutan, die zu Empowerment und der Gleichstellung von Frauen und Mädchen führen.
- Aufstockung des Budgets speziell für medizinische und psychologische Betreuung und Konfliktaufarbeitung der vom Bürgerkrieg traumatisierten Frauen und Mädchen in Nepal.
- Implementierung der OEZA-Grundsätze im Bezug auf Gender in die Praxis.

---

<sup>128</sup> CARE (o.J): Nepal: Frauen, <http://www.care.at/alle-news/11-projekte/15572-nepal-frauen>

<sup>129</sup> ADA (2011): Fokus: Frauen, Gender und bewaffnete Konflikte, [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus\\_Gender\\_und\\_Konflikt\\_Jaen2011.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Fokus_Gender_und_Konflikt_Jaen2011.pdf), S.7

<sup>130</sup> Vgl. CEDAW (2013): General recommendation No. 30 on women in conflict prevention, conflict and post-conflict situations, par. 43, <http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/CEDAW/GComments/CEDAW.C.CG.30.pdf>



### 3. Post-2015: Feministische Forderungen

Was lässt sich aus den Schwächen der Millenniumsentwicklungsziele ableiten, damit eine Post-2015-Nachhaltigkeits-Agenda für Frauen einen wirklichen Fortschritt bringt?

Während die Millenniumsentwicklungsziele von einigen wenigen Experten formuliert worden sind, ist die Debatte um eine Nachfolgeagenda demgegenüber ein sehr viel breiterer und partizipativerer Prozess, in den sich Frauenorganisation international stark eingebracht haben. Ein zu Beginn gender-blinder Ansatz hat sich im Lauf der Debatte 2012/14 stark verändert. Ein wichtiger Grundsatz war dabei immer die Bezugnahme auf die Menschenrechte, unter dem Motto: „Unsere Rechte sind nicht verhandelbar!“

Die Forderung nach einer klaren Verankerung der Post-2015-Agenda in den Menschenrechten ist denn auch eine der zentralen NGO-Forderungen.<sup>131</sup>

Eine weitere Forderung von NGOs ist, dass es sich um eine globale Agenda handeln muss, nicht nur um eine Agenda für die Entwicklungsländer. Zum einen existiert Armut zunehmend auch in den entwickelten Ländern – der Begriff „globaler Süden“ meint Armut unabhängig vom Entwicklungsstand eines Nationalstaats. Zum anderen muss es darum gehen, dass alle Staaten auf Basis des Prinzips von gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung handeln – entwickelte Länder müssen umweltpolitisch und finanziell einen höheren Beitrag als historisch benachteiligte Länder leisten.

#### 3.1. Frauenpolitische Eckpfeiler

40 Jahre „Gender & Development“-Forschung haben gezeigt, dass die Entwicklungspolitik Frauen außen vor lässt, wenn nicht auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern auf Haushaltsebene in den Blick genommen werden.<sup>132</sup> Damit angesprochen sind Fragen wie die Entscheidungsmacht über Ressourcen, die Verteilung von Hausarbeit, sexuelle und reproduktive Rechte und Gewalt gegen Frauen.

Die von Frauen geleistete unbezahlte „Care“-Arbeit stellt einen Dreh- und Angelpunkt für Frauenrechte dar. Der Bereich der unbezahlten Sorgearbeit sowie die ebenfalls nicht in Wirtschaftsstatistiken aufscheinende Subsistenzwirtschaft, die in Entwicklungsländern nach wie vor die Ernährungsgrundlage vieler Menschen ist, sind das unsichtbare Rückgrad der Waren- und Geldwirtschaft. Diese nicht erfassten Bereiche der Ökonomie sind zum einen beschäftigungsintensiv, zum anderen ressourcenschonend. Aus Sicht von WIDE könnte daher ein Fokus auf diese Bereiche – durch Förderung nachhaltiger kleinbäuerlicher Landwirtschaft mit Zugang von Frauen zu Land(rechten), Maßnahmen zur fairen Verteilung der (Sorge-)Arbeit zwischen den Geschlechtern und großzügigem Ausbau öffentlicher sozialer Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Pflege) – einen substanziellen Beitrag zu Nachhaltigkeitszielen leisten.

<sup>131</sup> Vgl. CONCORD (2014): Recommendations on Gender Inequalities and Women's Rights for the 8th Session of the UN Open Working Group (OWG), <http://www.alianzaporlasolidaridad.org/wp-content/uploads/Letter-to-Piebalgs-OWG-Final.pdf>

<sup>132</sup> Chant, Sylvia u.a.: Gender and poverty interventions: 5 ways to get it right in 2015 (2014), <https://www.devex.com/news/gender-and-poverty-interventions-5-ways-to-get-it-right-in-2015-84606>

In Bezug auf nachhaltiges Wirtschaften muss die Rolle von Frauen, von indigenen Völkern, KleinbäuerInnen und nicht-industriellen FischerInnen bei der Erhaltung bzw. Restaurierung von Böden, Küstengebieten, Meeren und anderen Ökosystemen speziell anerkannt werden. Frauen – in all ihrer kulturellen Diversität - verfügen über traditionelles Wissen, das für den Erhalt der Ökosysteme und natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten von besonderer Bedeutung ist. Dieses über Generationen hinweg generierte und überlieferte Wissen darf in der Post-2015-Agenda nicht außer Acht gelassen werden, sondern sollte respektiert und für ein nachhaltiges Ressourcen-Management berücksichtigt werden.

Ein weiteres wichtiges Thema, dem in einer Post-2015 ein hoher Stellenwert zukommen muss, ist der Zugang von Mädchen und Frauen zu (Berufs-)Bildung und fairen Arbeitsbedingungen – „decent work“. Entwürdigende Arbeitsbedingungen und Lohndiskriminierung müssen bekämpft werden, und der systemischen Unterbewertung von Frauenarbeit muss gegengesteuert werden. Bildungsbezogene Entwicklungsziele wiederum sollten kulturelle, soziale und öffentliche Praktiken, die Mädchen und Frauen von Bildung abhalten, thematisieren, und Lehrinhalte sollten in allen Bildungsbereichen gendersensibel ausgestaltet werden.<sup>133</sup>

Die volle und gleichrangige Partizipation von Frauen auf allen Ebenen, in öffentlichen und privaten Institutionen zu erreichen, muss ebenfalls Ziel und Teil einer Post-2015-Nachhaltigkeits-Agenda sein. Das impliziert Voraussetzungen auf rechtlicher und sozialer Ebene, wie etwa die Ratifizierung und Implementierung der Frauenrechtskonvention CEDAW, Aufbau von öffentlichen Systemen sozialer Sicherheit, Zugang zum Recht. Es ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit überaus wichtig, Frauenorganisationen, die gegen verschiedenste Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung arbeiten, anzuerkennen, sie verstärkt zu fördern und mit ihnen in Dialog über die von ihnen gewünschten Formen von Entwicklung zu treten.

Wie Irene Khan<sup>134</sup> besonders klar herausgearbeitet hat, gehen die politischen Menschenrechte Hand in Hand mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Demokratie ist eine wichtige Voraussetzung, damit Frauen Rechenschaft von ihren RepräsentantInnen einfordern und selbst die Gesellschaft aktiv mit gestalten können.

WIDE begrüßt den internationalen Konsens zu einem expliziten Ziel zur Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten in der Post 2015-Nachhaltigkeits-Agenda. Die dazu von der offenen UN-Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Subziele sind sehr weitreichend, wenn sie mit Leben gefüllt werden: Ende von Diskriminierung, Gewalt, schädlichen (kulturellen) Praktiken; Anerkennung von unbezahlter Sorge- und Hausarbeit und Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, Infrastruktur, sozialer Sicherheit, Förderung von geteilter Verantwortung in der Familie; gleiche Chancen von Frauen auf allen Führungsebenen; universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten; gleicher Zugang zu

---

<sup>133</sup> Feministisches Strategietreffen zur Post 2015 Agenda (2014): Gender, Economic, Social and Ecological Justice for Sustainable Development. A Feminist Declaration for Post 2015, <http://www.wide-netzwerk.at/images/publikationen/2014/feminist-post-2015-declaration.pdf>

<sup>134</sup> Khan, Irene (2009): The Unheard Truth: Poverty and Human Rights

ökonomischen Ressourcen; Zugang zu Technologien; und frauenfördernde gesetzliche Rahmenbedingungen.<sup>135</sup>

Ein explizites Gleichstellungsziel muss - wie auch von UN Women gefordert<sup>136</sup> - durch Gender-Mainstreaming in allen Bereichen unterstützt werden. Wichtig ist dafür eine nach Geschlecht und anderen sozialen Kriterien disaggregierte Datenerhebung, um überprüfen zu können, ob sich die Situation von Frauen aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen tatsächlich verbessert.

Für die Entwicklungspolitik ist es in der Praxis wichtig, nicht nur auf Gender-Mainstreaming zu setzen (da mit dem Mainstreaming-Ansatz leider häufig eine Verflüchtigungstendenz von „Gender“ einhergeht), sondern auch (weiterhin) spezifische Programme zur Stärkung und zur Überwindung der Armut von Mädchen und Frauen zu entwickeln und umzusetzen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass solche Programme nicht dazu führen, dass Frauen zu ihren bereits bestehenden Verpflichtungen noch zusätzliche Belastungen aufgebürdet bekommen.<sup>137</sup> Geschlechtsspezifische Rollen zu hinterfragen und Buben und Männer zur Unterstützung von Gleichstellungsanliegen zu gewinnen, ist ein ergänzender Ansatz.

Eine detaillierte, sehr aufschlussreiche Analyse der 17 vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsziele aus feministischer Sicht legte bereits im Juli 2014 die „Women’s Major Group“ vor.<sup>138</sup>

### **3.2. WIDE-Forderungen an die österreichische Entwicklungspolitik „Post-2015“:**

- Die OEZA sollte ihre bis dato aufgebaute Expertise zu Frauenrechten, sexuellen und reproduktiven Rechten, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Gender-Budgeting nutzen, und Frauenorganisationen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und gegen Gewalt an Frauen einsetzen, vermehrt unterstützen!
- Frauen als Akteurinnen von Entwicklung müssen ernst genommen werden, der Politikdialog mit nationalen und internationalen Frauenorganisationen sollte verstärkt werden; Gender-Expertise sollte finanziert und genutzt werden!
- Die in der Evaluierung der ADA-Gender-Policy formulierten Empfehlungen zur Überwindung von Schwächen in der Praxis des Gender-Mainstreamings müssen umgesetzt werden! Es braucht explizite Gender-Ziele und -Strategien zu jedem Schwerpunktbereich der ADA sowie in allen Länderstrategien!

---

<sup>135</sup> UN (2014): Open Working Group proposal for Sustainable Development Goals, <http://sustainabledevelopment.un.org/focussdgs.html>

<sup>136</sup> <http://www.unwomen.org/en/what-we-do/post-2015/un-women-position>

<sup>137</sup> Chant, Sylvia u.a.: Gender and poverty interventions: 5 ways to get it right in 2015 (2014),

<https://www.devex.com/news/gender-and-poverty-interventions-5-ways-to-get-it-right-in-2015-84606>

<sup>138</sup> Women’s Major Group (2014): Women’s “8 Red Flags” following the conclusion of the Open Working Group on Sustainable Development Goals (SDGs),

<http://www.womenmajorgroup.org/womens-8-red-flags-following-the-conclusion-of-the-open-working-group-on-sustainable-development-goals-sdgs/>

- Die Tendenz zu Export- und Wirtschaftsförderung als Maßnahme der OEZA bzw. die zunehmende Einbindung des gewinnorientierten Privatsektors als EZA-Akteur sollte überdacht werden!
- Strategische Entscheidungen im Bereich der EZA sowie in allen Politikbereichen sollten auf Menschenrechtsberichten basieren. Der Fokus der OEZA sollte auf die am wenigsten entwickelten Länder gerichtet sein und die soziale Situation von Frauen in alle Analysen einbezogen werden!
- WIDE fordert eine Rückbesinnung auf Förderung des ländlichen Raumes, Subsistenzlandwirtschaft und Ernährungssouveränität unter Berücksichtigung von Gender-Aspekten und der Rolle der Frauen. Es bedarf einer klaren Positionierung zugunsten multifunktionaler Landwirtschaft sowie einen thematischen Fokus auf für KleinbäuerInnen bedrohliche Entwicklungen wie „Landgrabbing“!
- Anpassungs- und Klimaschutzstrategien müssen auf den fundamentalen Menschenrechten und Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung basieren, Frauen(organisationen) sollten in alle klimapolitisch relevanten Entscheidungen einbezogen werden, sie müssen Zugang zu Finanzierungsinstrumenten erhalten, und es sollten gendersensible Kriterien für alle Klimafinanzierungsinstrumente formuliert werden!
- Für den Bereich Energie gilt es, konsequent nachhaltige Energieprojekte zu fördern, welche die konkreten Lebensverhältnisse von Frauen und strukturelle Ungleichheiten berücksichtigen!
- Last but not least: Die österreichische Bundesregierung muss die Mittel für die gendersensibel gestaltbare bilaterale EZA aufstocken und dafür einen Stufenplan in der Budgetplanung verankern!

### 3.3. Politikkohärenz für geschlechtergerechte nachhaltige Entwicklung

Ansätze der (österreichischen) Entwicklungszusammenarbeit laufen ins Leere, werden sie nicht durch Maßnahmen im Sinn der „Politik Kohärenz für Entwicklung“ unterstützt. Dabei geht es um Reformen auf der Ebene makroökonomischer Politik, um zu erreichen, dass Wirtschafts- und Finanzpolitik(en) Hand in Hand mit den ökonomischen und sozialen Rechten gehen. „We will not be mainstreamed into a polluted stream!“<sup>139</sup> sagten die Frauen von DAWN 2013 und wiesen damit darauf hin, dass vieles, was unter dem Titel „Entwicklung“ propagiert wird, alles andere als eine nachhaltige Form von Entwicklung ist.

In den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten sind internationale Verpflichtungen grundsätzlich verankert. FIAN hat diese Verpflichtungen unter dem Namen „Maastricht-Prinzipien“<sup>140</sup> bekannt gemacht. In der Vienna+20-NGO-Deklaration wird unter Bezugnahme auf diese Prinzipien gefordert, dass die Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik

<sup>139</sup> DAWN (2013): We will not be mainstreamed into a polluted stream. Statement on the 2015 Development Agenda, <http://www.dawnnet.org/advocacy-cso.php?id=301>

<sup>140</sup> Vienna+20 CSO Declaration (2013), <http://viennaplus20.files.wordpress.com/2013/04/vienna20-cso-declaration-final.pdf>

über die jeweils nationale Ebene hinaus menschenrechtskonform gestaltet werden muss. Diese Forderung wurde auf einem feministischen Strategietreffen im Februar 2014 in New York aufgegriffen<sup>141</sup> und wird auch von der Post-2015 Women's Coalition vertreten<sup>142</sup>, einem internationalen Bündnis von Frauenorganisationen aus verschiedenen Ländern, und in die Debatte auf UN-Ebene eingebracht.<sup>143</sup>

Für Politikkohärenz für Entwicklung bedarf es internationaler Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte, zu erhöhtem Umweltschutz und nachhaltigem Ressourcenmanagement sowie eine Umgestaltung des internationalen Handelssystems nach sozialen und ökologischen Kriterien. Besonders wichtig sind makroökonomische Reformen zur Bekämpfung der zunehmenden sozialen Ungleichheit. Das heißt z.B. Schließung von Steueroasen und Steuerschlupflöchern, Entlastung von Arbeitseinkommen, progressive Besteuerung hoher Vermögen und neue globale Steuern wie eine Finanztransaktionssteuer, um jene öffentliche Mittel zu generieren, die zur Finanzierung von öffentlichen Dienstleistungen nötig sind.<sup>144</sup>

Reformen dieser Art brauchen internationale Regelwerke, aber sie sind durch nationale Maßnahmen zu unterstützen und umzusetzen, sodass jedem Staat eine aktive Rolle zur Umsetzung der Post-2015-Agenda auf nationaler Ebene zukommt, gerade was Fragen des Lebensstils und ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit betrifft.

Im Sinne einer gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung sind (wir) hier alle gefordert!

---

<sup>141</sup> WIDE u.a. (2014): Feministische Erklärung Post-2015, <http://www.wide-netzwerk.at/index.php/gender-in-der-eza/196-feministische-erklaerung-zu-post-2015>

<sup>142</sup> Post 2015 Women's Coalition, [www.post2015women.com](http://www.post2015women.com)

<sup>143</sup> Feministisches Strategietreffen zur Post 2015 Agenda (2014): Gender, Economic, Social and Ecological Justice for Sustainable Development. A Feminist Declaration for Post 2015, <http://www.wide-netzwerk.at/images/publikationen/2014/feminist-post-2015-declaration.pdf>

<sup>144</sup> Post-2015 Women's Coalition (2014): A Feminist Brief: Post 2015 Development Agenda. Women and Girls at the Center: Our Human Rights are non-negotiable, [http://www.post2015women.com/wp-content/uploads/2014/09/Feminist\\_Brief\\_Sept151.pdf](http://www.post2015women.com/wp-content/uploads/2014/09/Feminist_Brief_Sept151.pdf)

## Abkürzungsverzeichnis

ADA-Austrian Development Agency  
 ALP- Adaption Programm for Africa  
 BMeiA-Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres  
 BMLFUW-Bundesministerium für Land-und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft  
 BNE- Bruttonationaleinkommen  
 CAADP-Comprehensive Africa Agriculture Development  
 CEDAW-Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women-Komitee für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau  
 CRS-Creditor Reporting System (OECD-DAC)  
 CWS-Commission on the Status of Women-UN-Frauenstatuskommission  
 DAWN-Development Alternatives with Women for a New Era  
 ECOWAS-Economic Community of West African States-Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft  
 ECREEE-ECOWAS Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency  
 EPF-European Parliamentary Forum on Population and Development  
 ERI - Enabeling Rural Innovation  
 FAO- Food and Agriculture Organization of the United Nations-Ernährungs-und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen  
 FGM-Female Genital Mutilation-Weibliche Genitalverstümmelung  
 FIAN-Food First Information and Action Network  
 HSDP-Health Sector Development Programme  
 IWF- Internationaler Währungsfond  
 MDGs-Millennium Development Goals-Millenniumsentwicklungsziele  
 NEPAD -The New Partnership for Africa`s Development-Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung  
 OECD-Organisation for Economic Co-operation and Development-Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
 OECD-DAC-OECD Development Assistance Committee-Entwicklungskomitee der OECD  
 OEZA-Österreichische Entwicklungszusammenarbeit  
 PLA-Peoples`s Liberation Army  
 SDGs-Sustainable Development Goals-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung  
 UEMOA –Union economique et Monetaire Ouest Africaine-Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion  
 UNFCCC-United Nations Framework Convention on Climate Change-UN-Klimarahmenkonvention  
 UNFPA -United Nations Populations Fund-UN Bevölkerungsfond  
 UNIDO-United Nations Industrial Development Organization-Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung  
 WIDE-Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

**Zu den AutorInnen:**

**Stefanie Grosz** studierte Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft an der Uni Wien. Forschung zu Frauen-Empowerment in Ghana.

**Aleksandra Kolodziejczyk** studierte Kultur- und Sozialanthropologie sowie Internationale Entwicklung (an der Universität Wien). Print und Audio-Veröffentlichungen zu Feminismus und diverse Frauenthemen auch in Bezug auf Lateinamerika.

**Sabine Klotz** studierte Internationale Entwicklung und Südasienkunde (Universität Wien). Sie ist Obfrau von Chay Ya Austria sowie Mitglied von WIDE und organisiert ehrenamtlich EZA-Projekte in Nepal, arbeitet und lebt in Wien.

**Johanna Marquardt**, Soziologin, seit 2012 Projektkoordinatorin der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung.

**Florian Riegler** hat Internationale Entwicklung an der Universität Wien studiert und hat aus Studien- und Berufsgründen zwei Jahre in Westafrika verbracht. Seit 2011 ist er als Projektmanager für den Verein Boa Woyonko tätig.

**Edith Schnitzer** ist Sozial- und Kulturanthropologin und hat langjährige Berufserfahrung in der Begleitung von Projekten der EZA.

**Claudia Thallmayer** studierte Psychologie und arbeitet seit 1992 in entwicklungspolitischen Zusammenhängen, derzeit als (Ko-)Koordinatorin von WIDE.

**Judith Zimmermann-Hößl**, Humangeografin und Raumforscherin, arbeitet derzeit als Fachreferentin in der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO).

*wide* Entwicklungspolitisches Netzwerk  
für Frauenrechte und feministische Perspektiven

WIDE, Währingerstr. 2-4/22, A-1090 Wien  
[www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at), Tel: ++43-1-317 40 31, ZVR-Zahl 626905553